

ZL TSCHR FT JR DLUTSCH POLNISCHE VERSTÄNDIGUNG

POLEN *und wir*



**Deutsch-polnische Beziehungen nach
15 Jahren Nachbarschaftsvertrag**

S. 3-6

Über allem Moral und ein Manichäer als Regierungschef

S. 8-9

Freiwilliges Jahr in Polen

S. 17-18

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Vielschichtigkeit der deutsch-polnischen Beziehungen bringt es manchmal mit sich, dass man als kritische Begleiterin der deutschen Politik gegenüber Polen - als solches verstehen sich ja *POLEN und wir* wie auch die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland - in bizarr erscheinende Bündnisse gerät. So geschieht es uns zur Zeit, die wir seit Jahrzehnten fordern, dass Deutschland ohne wenn und aber die Verantwortung für den von ihm vor über 60 Jahre ausgelösten und geführten Krieg gegenüber Polen übernimmt - auch in materieller Hinsicht. Erst nur aus offen revanchistischen Gründen, dann auch aus kurzfristigen opportunistischen Gründen wies man das von deutscher Seite zurück, letzteres sicher noch genährt durch die Politik Polens nach 1970 bzw. 1989. Jetzt, wo sich die Preußische Treuhand anschickt, Eigentumsprozesse vor dem Europäischen Gerichtshof anzustrengen, zeigt sich die liberale Öffentlichkeit in Deutschland wie in Polen erschrocken, während polnische rechte Parteien diese daraus resultierenden Gefahren zu Recht deutlich machen, aber für ihre oft nationalistischen Interessen zu instrumentalisieren versuchen. Lesen Sie dazu den Beitrag und die anschließende Dokumentation einer Sejmdebatte aus dem Januar 2007 zu diesem Thema. Ähnlich verhält es sich mit einem anderen Thema: dem alltäglichen Zusammenleben polnischer und deutscher Menschen in Deutschland. Auch hier auftretende Probleme werden instrumentalisiert, wobei oftmals berechnete Beschwerden dem nationalistischen Pathos zum Opfer fallen. Ein offener Brief des Polnischen Sozialrates weist hierauf hin.

Diese kritischen Themen dürfen aber nicht den Blick darauf verstellen, dass es in den deutsch-polnischen Beziehungen auch vielfältig Austausch, Diskussion, Information und Zusammenarbeit auf der ‚untersten‘ Ebene des Zusammenlebens gibt. Dieses Leben bildet quasi den Gegenpol. Deshalb informieren wir häufig über polnische Literatur, stellen Beispiele für gemeinsame Projekte vor. So wird im Artikel zum Freiwilligen Jahr in Polen deutlich, wie schnell die Menschen aufeinander zugehen, wenn gegenseitiger Respekt vor einander Ausgangspunkt ist. Die Beiträge über ein freies Theater in Berlin wie auch ein Bremer Filmprojekt machen deutlich, dass eine Zusammenarbeit nicht nur möglich ist, sondern auch funktioniert. Auch hier ist gegenseitiger Respekt fern ab von nationalistischem Pathos die Voraussetzung.

In diesem Sinne alles Gute
Ihr Wulf Schade

Aus dem Inhalt	Seit
Vom Junker zum Bürger-Tagung zu Hellmut von Gerlach	8
Mit „Null Toleranz“ auf dem Weg in die IV. Republik	10-12
Polen kämpfen gegen Zwangsgermanisierung	13
Offener Brief des Polnischen Sozialrates	14
Deutsche und polnische Historische Institute	15-16
Der König von Polen	19
Meilensteine für die gedeihliche Zukunft Europas	20
Die Erde ist ein gewalttätiges Paradies - Kapuściński	21-22
Holocaust in Galizien - Eine Studienreise	22
Otto Pankok: Sinti-Portraits 1931-1949	23
„Dark Wave - Im Fluge der Libellen“ - Streetfilming	24-25
„Eine alte Frau brütet“ - Das „Teatr-Studio“ in Berlin	26
Schiffe auf Schienen - Ferien in den Masuren	27

Wichtige Adressen:

Geschäftsführung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD: Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe, T: 02858/ 7137, Fax: 02858/ 7945

Unsere Gesellschaft im Internet: <http://www.polen-news.de>, e-Mail: dpg-brd@polen-news.de

Redaktion *POLEN und wir*: Wulf Schade, Wielandstraße 111, 44791 Bochum, T: 0234/ 51 23 84, e-Mail: w.schade@cityweb.de

Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen: c/o Klaus-Ulrich Göttner, Moldastr. 21, 10319 Berlin, Fax: 01212-5-305-70-560, e-mail: vorstand@guteNachbarn.de

Deutsch-Polnische Gesellschaft Bielefeld e.V./Jugendforum: Postfach 101 590, 33515 Bielefeld, Tel: 0179-36 11 968; Vorsitzender: Christian Hörnlein, Tel.: 0521/ 87 32 11; e-mail: info@dpg-bielefeld.de; im Internet: www.dpg-bielefeld.de

DEUTSCH-POLNISCHE GESELLSCHAFT DER**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V.**

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Christoph Koch, Sprachwissenschaftler, Berlin - Stellv. Vorsitzender: Dr. Friedrich Leidinger, Psychiater, Hürth - Vorstand: Henryk Dechnik, Lehrer, Düsseldorf - Manfred Feustel, Steuerberater, Hünxe - Karl Forster, Journalist, Berlin - Dr. Egon Knapp, Arzt, Schwetzingen - Susanne Kramer-Drużycycka, Germanistin, Warschau - Dr. Holger Politt, Gesellschaftswissenschaftler, Warschau - Wulf Schade, Slawist, Bochum
Beirat: Armin Clauss - Horst Eisel - Prof. Dr. sc. Heinrich Fink - Prof. Dr. Gerhard Fischer - Dr. Franz von Hammerstein - Christoph Heubner - Witold Kaminski - Dr. Piotr Łysakowski - Hans-Richard Nevermann - Eckart Spoo

Anschrift: Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V., c/o Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe, Tel.: 02858/7137, Fax: 02858/7945

IMPRESSUM

POLEN und wir, Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

ISSN 0930-4584 - K 6045

Heft 2/2007, 24. Jahrgang (Nr. 81)

Verlag und Herausgeber: Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Redaktion: Karl Forster, Dr. Friedrich Leidinger, Wulf Schade (V.i.S.d.P.), Prof. Dr. Eva Seeber, Werner Stenzel

Redaktionsassistentz: Christiane Thoms

Redaktionsbüro: POLEN und wir, Wulf Schade, Wielandstraße 111, 44791 Bochum, Tel.: 0234/ 512384, e-mail: w.schade@online.de

Lay-out: Wulf Schade, Bochum

Druck und Vertrieb: Oberheuser, Essen

Abonnentenverwaltung: Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe, Fax: 02858/7945

Bezugspreis: Einzelheft 3,00 €, Jahres-Abonnement 12 €. Inkl. Versand, Auslands-Abos 10,00 € zzgl. Versandkosten, Mitglieder der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bielefeld e.V. erhalten "Polen und wir" im Rahmen ihrer Mitgliedschaft

Postbank Essen, Konto 342 56-430, BLZ 360 100 43

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin überein. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15. Mai 2007

Das Foto auf der Titelseite zeigt Jugendliche in einem Linienbus im Lublin (s.a. Artikel S. 17-18), Foto: Sven Liese

Walking with a Zombie

Polens Politik diskutiert die Beziehungen zu Deutschland nach 16 Jahren guter Nachbarschaft und freundschaftlicher Zusammenarbeit

Von Friedrich Leidinger

„Polens Weg nach Europa führt über Deutschland.“ Jahrelang konnte man diese schräge geographische Metapher aus dem Munde fast aller polnischer Politiker hören, die nach der Wende über Konzepte für eine neue polnische Außenpolitik nachdachten. Den Weg in eine Zukunft marktwirtschaftlichen Wohlstands konnten sich die damals handelnden Politiker Polens nur an der Seite Deutschlands vorstellen, eines Deutschlands, das nach der Vereinigung von BRD und DDR Polen auch klimatisch und emotional näher gerückt und mit dem Christdemokraten Kohl einen pragmatischen, berechenbaren und europäisch orientierten Regierungschef zu haben schien.

Erinnern wir uns: Im Sommer 1990 während der „4+2-Verhandlungen“ über eine „abschließende Regelung“ mit Bezug auf Deutschland signalisierte Polen gegenüber Frankreich, das - im Unterschied zu Polen - am Tisch der Siegermächte saß, man wolle sich in bilateralen Verhandlungen mit Deutschland einigen. Es ging um die von allen deutschen Bundesregierungen seit Konrad Adenauer vertretene Doktrin, nach der die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens keine neue völkerrechtliche Lage in Bezug auf die territoriale Ausdehnung des Deutschen Reiches geschaffen hätten und die polnischen West- und Nordgebiete völkerrechtlich weiterhin zu Deutschland gehörten, die, solange die Truppen der Siegermächte in Deutschland stationiert waren, keine größere praktische Relevanz hatte, die aber nun, da sich diese Truppen anschickten, Deutschland zu verlassen, ihre Wirksamkeit entwickeln könnten.

Die weiteren Tatsachen sind bekannt: Am 14.11.1990 unterzeichneten Polen und das inzwischen vereinigte Deutschland den Grenzvertrag, am 17. Juni 1991 den Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zusammen mit dem Briefwechsel der Minister Genscher und Skubiszewski über das, was nicht vertraglich zwischen den beiden Ländern geregelt ist, nämlich Eigentums- und Staatsangehörigkeitsfragen. Somit hatte Polen die „Deutschlanddoktrin“ zur Kenntnis genommen.

Indessen machte sich Polen an der Seite des deutschen Partners auf den Weg. Der Marsch führte 1999 in das militärische Bündnis der NATO und 2004 in die Europäische Union. Und so lange dieser Marsch andauerte, sah man offenbar an der Weichsel bereitwillig über so manchen Makel

beim deutschen Weggenossen und in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit hinweg. Das fiel umso leichter, als diese Zusammenarbeit ja durchaus fruchtbar war und auch zum Vorteil Polens geriet. Der deutsche Partner wurde zu einem bedeutenden Investor, half bei der Entwicklung



wichtiger Wirtschaftszweige, unterstützte die militärische Integration der polnischen Streitkräfte in die NATO, vermittelte polnische Interessen bei den Verhandlungen über die Mitgliedschaft in der EU; förderte die Zusammenarbeit und den Austausch Jugendlicher und Schüler; ja selbst die Frage der Entschädigung ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter konnte geregelt werden.

Die Entwicklung, die seit 1990 eingeleitet wurde, war aus polnischer Sicht bemerkenswert. Im kollektiven Bewusstsein der Polen war die Erinnerung an die deutschen Verbrechen während des Krieges frisch. Die Bereitschaft zur Überwindung von Feindbildern verlangte der polnischen Bevölkerung ein hohes Maß an Offenheit ab, das in jeder Gesellschaft eine besondere Herausforderung darstellen würde, umso mehr, als sie in die Phase eines tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Umbruchs fiel. Dennoch haben sich zahlreiche engagierte

Menschen in Polen für den deutsch-polnischen Dialog eingesetzt. Und sie haben in Deutschland zahlreiche engagierte Ansprechpartner gefunden.

Das ehrliche Bemühen und der Enthusiasmus der Protagonisten der Verständigung und der starke Wunsch nach Überwindung trennender Gräben legten der polnischen und deutschen Öffentlichkeit nahe, den unerledigten Fragen der Vergangenheit keine Beachtung mehr zu schenken. Sie schienen sich von selbst zu erledigen.

Spätestens als die inzwischen rot-grün geführte Bundesregierung mit der NATO in den Krieg gegen Jugoslawien eintrat, schien auch nach Meinung polnischer Kommentatoren die Vergangenheit überwunden. Die Angst vor einem Deutschen Reich schien genauso erledigt, wie dieses Reich selbst und seine letzten noch lebenden Herolde, die Vertriebenenverbände. Vergangen, erledigt, tot. Waren damit die Mängel der Verträge von 1990 und 1991 (und auch der vorangegangenen Verträge) überwunden und gegenstandslos?

In dieser Zeit bekam der gepflegte Anzug des deutschen Weggefährten, an dessen Seite Polen seiner europäischen Zukunft entgegen schritt, Risse, durch die der Schatten eines Untoten hervor scheint.

Die Vergangenheit tauchte wieder auf. Kein Gedächtnis ist dauerhafter als ein Kataster. Verschiedene Bundesbürger, die als „Spätaussiedler“ seit den 70er Jahren aus Polen emigriert waren und aus diesem Anlass auf ihren Immobilienbesitz verzichten mussten, stellten gestützt auf die polnische Gesetzgebung Anträge auf Entschädigung bzw. Rückgabe. Die Bereitschaft der Bundesrepublik zur Aufnahme dieser ehemaligen polnischen Staatsbürger gründete sich im wesentlichen auf die genannte Deutschland - Doktrin. Allein zwischen 1980 und 1992 sind 800.000 solcher Aussiedler nach Deutschland gekommen; diese Zahl gibt eine Vorstellung von der Dimension des Problems, das auf den polnischen Staat und die betroffenen Kommunen zukommt.

Heftige Unruhe erzeugten die Aktivitäten der Preußischen Treuhand, die die Enteignungen infolge der Potsdamer Beschlüsse rückgängig machen lassen will, und die provozierenden Äußerungen der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach, die es 2003 sogar auf die Titelseite der Zeitschrift Wprost schaffte, in Gestalt einer reichlich geschmacklosen Karikatur.

Seitdem reißen die Diskussionen über ein 'Zentrum gegen Vertreibungen', Entschädigung von Alt-Eigentümern, Geschichtsrevisionismus etc. nicht mehr ab und errei-

chen mitunter absurde Qualität. Die unausgegorene Zote eines Zeitungsvolontärs musste für die Absage eines Staatsbesuchs herhalten, eine Gaspipeline wurde zum Gleichnis des Hitler-Stalin-Paktes.

Die Klage einer Gruppe ehemaliger deutscher Grundbesitzer aus den vormaligen deutschen Ostgebieten, die vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte - unterstützt von der 'Treuhand' - feststellen lassen wollen, die erlittene Enteignung und das erzwungene Verlassen ihrer Heimat sei „völkerrechtswidrig“ gewesen und stelle einen Verstoß gegen ihre individuellen Menschenrechte, war im Januar 2007 der Anlass für das polnische Parlament, den Sejm, zu einer außenpolitischen Debatte über die Beziehungen zu Deutschland.

Eingeleitet wurde die Diskussion durch eine Regierungserklärung der Außenministerin Anna Fotyga, die sich ausführlich dem Verfahren widmete. Ein "Damoklesschwert" seien die Entschädigungsforderungen deutscher Alteigentümer, das nun herniedergefahren sei. Man sei in intensiven Verhandlungen mit der deutschen Regierung, um vor dem Gerichtshof eine gemeinsame Position zu vertreten.

Mehrere Sejm-Abgeordnete diskutierten die Bestimmungen des Artikels 116 Grundgesetz, in denen ihnen ein „Deutsches Reich nach dem Stande vom 31. Dezember 1937“ begegnet. Sie verlangten nach Gerechtigkeit, wo doch der polnische Staat seinerseits die Entschädigung aller seiner Bürger, die nach den Beschlüssen der Konferenz von Jalta ihr Eigentum in den ehemaligen polnischen Ostgebieten verloren hatten, übernommen hatte.

Vor allem aber drückte die Debatte die tiefe Enttäuschung über die deutsche Haltung aus, in der sie einen eklatanten Widerspruch zu Geist und Inhalt des vor 16 Jahren abgeschlossenen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit sehen. Der PiS-Abgeordnete Karol Karski stellte den Vertrag schließlich gänzlich in Frage: „Warum, wozu soll er nützlich sein?“

Bereits im vergangenen Jahr haben Parteigänger der Kaczyński-Regierung die Außenpolitik gegenüber Deutschland grundsätzlich kritisiert. Der Streit um die richtige Westpolitik hat auch die Sejm-Debatte geprägt: Symbolische Akte ohne Wirkung, ja Hysterie sah die bürgerliche und linke Opposition in dem Bemühen der Regierung, der deutschen Haltung etwas entgegen zu setzen. Der Blick, den Außenministerin Fotyga und Karol Karski auf den deutschen Nachbarn warfen, enthielt durchaus Abgründiges. Während Bronisław Komorowski von der PO der Regierung seine Unterstützung zusagte,

um gemeinsam gegenüber den Deutschen auf eine Änderung der deutschen Rechtsdoktrin hinzuwirken, beließ es die Sprecherin der Linken, Jolanta Szymanek-Deresz beim Beklagen der Konfliktfelder im deutsch-polnischen Verhältnis.

So stehen die eigentlichen Kontrahenten im jeweils rechten Lager symmetrisch zueinander, wogegen konservative, liberale und linke (sozialdemokratische) Kräfte in Polen wie in Deutschland beschwichtigend oder mahnend dabei stehen.

In Deutschland operieren Pawelkas 'Treuhand' und Steinbachs BdV mit plakativen Vergleichen und nehmen listig die Deutschland-Rhetorik und die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung beim Wort: Wenn Politik die 'Vertreibungen' auf dem Balkan als völkerrechtswidrigen, einen militärischen Angriff rechtfertigenden Notstand definiert, sind die 'Vertreibungen' nach 1945 etwa anders zu qualifizieren? Und wenn die deutsche Seite den Potsdamer Beschlüssen eine politische und völkerrechtliche Bindung abspricht, wieso sollen die Vertriebenen dann auf das verlorene Eigentum „verzichten“?

In Polen verspüren nicht allein die „Wendeverlierer“ sondern auch Kreise, die eigentlich vom Ausbau der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen mit Deutschland profitiert haben, oft tiefes Unbehagen und wachsendes Misstrauen gegenüber der deutschen Seite. Sie verweisen mit nachvollziehbaren Argumenten darauf, dass die Deutschen den von Großmut und dem Willen nach Überwindung alter Feindbilder getragenen Dialogbemühungen nichts Vergleichbares entgegen gesetzt haben. Stattdessen nehmen sie in der deutschen Öffentlichkeit ein allgemeines Desinteresses am polnischen Schicksal einerseits und die bräsig Beschäftigung mit den deutschen Opfern des Krieges - Dresden, Fluchtdramen, Vertreibung - andererseits wahr, gelegentlich auch wohlgemeinten Rat an die Polen, sich doch endlich mit ihrer eigenen Schuld gegenüber Deutschen und Juden zu beschäftigen.

Es kann nicht länger übersehen werden, dass sich in der deutschen Öffentlichkeit ein Bewusstseinswandel vollzogen hat, der für die europäischen Nachbarn, vor allem aber für Polen eine inakzeptable Zumutung darstellt: Die Erinnerung an individuelle Schicksale wird in den Rang einer historischen Wahrheit erhoben, aus welcher die Frage nach den Schuldigen destilliert wird. Solchermaßen "vervollständigte" Sichtweisen führen politische Gesinnungen zusammen, die noch vor wenigen Jahren unvereinbar schienen. So erklärte der liberale Helmut Karasek nicht etwa Hitlers Politik

sondern den Versailler Vertrag zum Urheber der Vertreibungen und wurde damit zum Fürsprecher der NS-Propaganda gegen eben diesen Vertrag (Sabine Christensen vom 4.3.07).

Das Auftreten der Vertriebenenfunktionäre, die Uneindeutigkeit der Bundesregierung, welche einerseits den Aktionen von BdV und 'Treuhand' eine Absage erteilt, sie gleichzeitig aber als Privatangelegenheit und außerhalb der Regierungsverantwortung liegend qualifiziert, und die offenkundige Verschiebung des Diskussionsrahmens bezüglich der deutschen Vergangenheit lasten wie ein dunkler Schatten (siehe Erklärung der Kopernikus-Gruppe, *POLEN und wir* 4/2006) über den offiziellen Beziehungen. Ein Zustand, für dessen Ursache der polnische Botschafter in Berlin, Dr. Marek Prawda das Bild eines „Tumors“ benutzt hat (siehe Interview mit dem polnischen Botschafter in *POLEN und wir* 1/2007).

Diese Malaise hat den Wahlkampf der rechten Parteien Polens vor zwei Jahren mit einer Mischung von antisemitischen und xenophoben, insbesondere germanophoben Aussagen angefeuert und zu ihrem Wahlsieg beigetragen.

Indessen nutzt die deutsche Rechte das Oberwasser, das der Lauf der Ereignisse auf ihre Mühlen spült: "Die Parteien, die in Polen regieren sind mit den deutschen Parteien Republikaner, DVU und NPD vergleichbar. Da kann man nicht allzu viel erwarten" erklärte Erika Steinbach in der "Passauer Neuen Presse" am 6.03.07.

Am selben Tag kommen die Parlamentspräsidenten beider Länder, Sejm-Marschall Marek Jurek und Bundestagspräsident Norbert Lammert in Warschau mit Abgeordneten des Sejm und des Bundestages zu gemeinsamen Beratungen zusammen. Angesichts der Stimmung ist das Zustandekommen des Treffens schon ein positives Signal. Es ist nicht zu erwarten, dass es über den Austausch konträrer Standpunkte und die Abgabe einer unverbindlichen Erklärung hinaus zu irgendeinem Ergebnis kommt. Erst vor einem Vierteljahr hat sich die deutsch-polnische Parlamentariergruppe getroffen. Immerhin konnte man in der Abschlusserklärung vom 7.12.2006 von einer Einigung in einer wichtigen Sachfrage lesen: „Die deutsch-polnische Parlamentariergruppe besuchte die Brennerei Sobieski und wurde dort mit dem Plan der Europäischen Kommission konfrontiert, die Herstellung von Wodka europäisch zu vereinheitlichen. Sie sagte zu, sich bei den Kollegen im Europäischen Parlament dafür einzusetzen, solchen Plänen eine klare Absage zu erteilen.“ ○

Auszüge aus der Sejmdebatte über den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag am 25. Januar 2007 anlässlich des 15. Jahrestages seiner Unterzeichnung

Außenministerin Anna Fotyga

(...) Das Jahr 1989 bedeutete für Polen ein Jahr glanzvoller Ereignisse, großer Veränderungen und großer Hoffnungen. (...) Eine der wichtigsten Aufgaben für den damaligen Staat war natürlich die Sicherung unserer westlichen Grenze - einer Grenze, die lange Zeit Ursache für Diskussion und Unsicherheit war. Diese Sicherung brachte der 2+4 Vertrag sowie der folgende Grenzvertrag von 1990. Der Vertrag, der ein Jahr später von Polen und Deutschland unterzeichnet wurde, schuf so Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf vielen Ebenen und in den folgenden Jahren entwickelte sich diese Zusammenarbeit tatsächlich sehr gut. Der Jumbo-Kredit wurde als Stiftung Polnisch-Deutsche Zusammenarbeit neustrukturiert, die die Realisierung von über 3000 Projekten ermöglichte. Deutsche Investitionen wurden auf dem polnischen Markt getätigt, die dazu führten, dass Deutschland heute eines der wichtigsten Investoren ist. Unser Handelsaustausch ist mit Sicherheit für beide Seiten ein Grund, stolz zu sein, umso mehr, als sich Polen freuen kann, dass sich die Bilanz seit einigen Jahren positiv für Polen gestaltet. Das ist sehr positiv zu sehen. (...) Ich möchte noch zum Augenblick der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zurückkehren. Wie die Damen und Herren Abgeordneten mit Sicherheit wissen, wurde der Vertrag von einem Briefwechsel zwischen den damaligen Außenministern begleitet. In den Briefen wurden einige Angelegenheiten berührt, die Gegenstand unserer besonderen Sorge sind und die dazu führen, dass Ereignisse, die in den späten 90er Jahren stattfanden und die bis heute in einigen Aspekten andauern, bestimmte Ängste hervorrufen können, weil wir es hier nicht mehr mit nur sehr positiven Ereignissen unserer Zusammenarbeit zu tun haben (...) Es war doch so, dass im Moment der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit Vorschriften existierten, die einige Jahre später in bestimmten Bereichen diese aus der Natur der Sache entstammenden guten Kontakte fragwürdig, unklar und zweifelhaft erscheinen

ließen. Das betrifft mit Sicherheit die - durch die polnische Regierung als im gewissen Maße asymmetrisch eingeschätzten - Möglichkeiten der polnischen Minderheit, der ethnischen polnischen Gruppe in Deutschland, wenn man die Rechte und Möglichkeiten als Maßstab nimmt, derer sich die deutsche Minderheit in Polen erfreut. (...)

Es gibt einen weiteren Bereich, auf den sich der Brief von Minister Skubiszewski bezieht, und das ist die Stelle, die darüber spricht, dass der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit nicht die Staatsbürgerschafts- und die Eigentumsfrage berührt. Und es zeigte sich, dass sich diese Frage auf beiden Seiten nach Jahren guter und lebendiger Zusammenarbeit zu einem wirklichen Unruheherd entwickelte. Seit Ende der 90er Jahre sind Stimmen mit deutschen Ansprüchen zu hören, die an die Adresse des polnischen Staates gerichtet sind. Es gibt Gutachten, die eine Verantwortlichkeit auf Seiten des polnischen Staates sehen.

Dieses Damoklesschwert hängt schon seit einigen Jahren über Polen und der polnischen Gesellschaft und im Dezember 2006 fiel es herunter, als die Klagen von 22 Bürgern durch die Preußische Treuhand bei dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof eingereicht wurden. Das vertiefte notwendigerweise die Unsicherheit auf polnischer Seite. Unsicherheiten, die auf jeden Fall die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland sowie zwischen der polnischen und deutschen Gesellschaft stören. Es darf nicht sein, dass sich ein Partner einer guten Nachbarschaft in seiner Situation so unsicher fühlt, zumal später auch Konsequenzen für das Budget möglich sind. Wir wollen ebenso in ernsthafte Gespräche mit unserem Partner eintreten, ohne irgendwelche rechtliche Formulierungen vorauszusetzen. Wir wollen, dass beide Seiten eine eindeutige Erklärung abgeben, wie sie sich eine Lösung vorstellen.

Ich denke, dafür gibt es gute Signale. Die Regierung von Frau Angela Merkel will über dieses Thema reden. Es gab bereits erste Konsultationen auf einer Expertenebene zwischen den Außenministerien. Ich versichere Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordnete, dass sie laufend über die Ergebnisse der Konsultationen informiert werden.

Wir möchten, dass, in Übereinstimmung mit der Idee des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der Europäische Menschenrechtsgerichtshof sicher ist, dass die Regierungen in Polen und Deutschland tatsächlich mit einer Stimme sprechen und dass es

keinerlei rechtliche Grundlagen weder im polnischen noch im deutschen, noch im internationalen Rechtssystem zur Erhebung solcher Ansprüche gibt. Solche Feststellungen müssen jedoch unmissverständlich sein, wenn man zum Geist der 80er Jahre zurückgelangen und eine Stimmung schaffen will, die wir wirklich benötigen. Wir stimmen doch letztlich alle darin überein, dass gute, wirkliche Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland ein bedeutendes und nützliches Fundament für das Funktionieren der Europäischen Union werden kann. Es gibt eine Reihe von Fragen, die wir dann lösen können. (...)

Karol Karski (PiS):

Die parlamentarischen Beziehungen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickeln sich sehr gut, nicht zuletzt deshalb, weil wir Mitglieder der Europäischen Union sind. Diesbezüglich muss man Deutschland großen Dank sagen, dass es unser Förderer für die Aufnahme in die Europäische Union war (...)

Offensichtlich ist, dass Unterschiede zur Politik der deutschen Regierung bezüglich der Frage der Eigentümer bestehen, die von den Deutschen nach der Änderung der Grenze als Ergebnis des II. Weltkrieges zurückgelassen wurden. (...) Ich erinnere daran, dass die Finanzämter, also Einrichtungen des deutschen Finanzministeriums, von den Bürgern Deutschlands, die eine bestimmte symbolische Entschädigung für das zurückgelassene Eigentum erhalten hatten, die Rückgabe dieser Entschädigungen forderten, und ihnen rieten, sich mit ihren Ansprüchen an den polnischen Staat zu richten. Die deutsche Regierung unterband dieses Vorgehen. Und das war gut. Gleichzeitig wurde in einer gemeinsamen polnisch-deutschen Erklärung festgestellt, dass beide Regierungen keinerlei Ansprüche bezüglich des auf polnischen Boden nach dem II. Weltkrieg zurückgelassenen Eigentums unterstützen werden. Das ist gut, aber nicht ausreichend. Deutschland muss alle Ansprüche seiner eigenen Bürger übernehmen; Deutschland, als Staat, der den II. Weltkrieg auslöste (...)

Polen, das Opfer des II. Weltkrieges war, übernahm die Entschädigungsansprüche seiner Bürger, die ihr Eigentum außerhalb der neuen Grenzen ließen, die durch Jalta festgelegt wurden. Deutschland, das die gesamte Zeit der Aggressor war, meint, dass es keinerlei Verpflichtungen gegenüber seinen eigenen Bürgern habe. Das führt genau zu der Art von Verhalten, (...) wie die Klageerhebung vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof. (...)

Gleichzeitig möchte ich auf eine Vorschrift

in der deutschen Verfassung hinweisen, die total im Gegensatz zum Geist, ja den Buchstaben des Vertrages steht. Gemeint ist der Artikel 116 der Verfassung Deutschlands, der die Fiktion des Fortbestehens Deutschlands in den Grenzen von 1937 festschreibt und auch heute noch bekräftigt, dass sich neue Länder, und in den Grenzen von 1937 sind das nur die neuen östlichen Länder, östlich der Oder mit einer einseitigen Entscheidung Deutschland anschließen können. (...) Will man also den Geist des polnisch-deutschen Vertrages über gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit und Freundschaft realisieren, so muss man den Artikel 116 der Deutschen Verfassung streichen, denn wenn er weiter existiert, stellt sich die Frage: Warum, wozu soll er nützlich sein? (...)

Bronisław Komorowski (PO):

(...) Der Regierung von Tadeusz Mazowiecki und dem Minister Krzysztof Skubiszewski wie auch der gesamten Solidarność-Generation gelang es erfolgreich, die Barrieren der historischen Feindschaft in den Beziehungen zu Deutschland zu überwinden. Das gelang, obwohl jeder von uns die Last der familiären Erfahrung und des familiären Schmerzes trägt, und weil sich jeder von uns an die erinnert, die ihr Leben durch deutsche Hände verloren. (...) Dieser Weg führte Polen erfolgreich aus den Fesseln von Jalta. Dieser polnische Weg in den Westen führte über Deutschland, über das vereinte Deutschland. Wer das nicht versteht, versteht von Politik nichts. (...) Erinnern wir uns, ich hoffe, dass wir das noch tun, dass das geschah, als auf polnischem wie auch auf ostdeutschem Boden noch Abteilungen der Roten Armee stationiert waren. Unter diesen Bedingungen entstand ein ganzes Paket von vertragsrechtlichen Abmachungen. (...) Diese berühmte 2+4-Konferenz, die eine schwierige Schlacht für die junge demokratische polnische Diplomatie bedeutete, weil durch die internationalen Mächte am Vortag der Unterzeichnung der Verträge mit Deutschland unsere polnisch-deutsche Grenze garantiert würde. Nicht alle strittigen Fragen gelang es zu lösen. Das betrifft einige Eigentumsfragen sowie die Rechte der in Deutschland lebenden Polen. (...) Ich habe dem Abgeordneten Herrn Karski zugehört. Zu Recht erinnerten Sie an das Problem der Doktrin im deutschen Staat, an die Verfassung, an die Rechte der Polen, mit ihren Kindern sprechen zu dürfen usw. (...) (Ich) freue mich darüber, dass Herr Karski die Sprache der Bürgerplattform gebraucht, denn wir haben appelliert, geschickt und ohne Hetze, auf dem Wege

diplomatischer Einwirkung, auf die öffentliche Meinung Deutschlands, auf die politischen Eliten in Deutschland, einzuwirken damit sich dort die Einsicht in die Notwendigkeit der Änderung der deutschen Staatsdoktrin entwickelt, denn sie ist schlecht. Sie, die diejenigen kritisieren wollen, die soviel im Rahmen der III. Republik taten, machen im Rahmen der IV. Republik mehr daraus. (...)

Wir müssen auf die Änderung der Rechtsdoktrin des deutschen Staates bestehen - hier müssen alle politischen Kräfte auf vernünftige Weise zusammenwirken, koordiniert durch das Außenministerium. (...) Und das polnische „Nein“ beim Problem mit den Vertriebenen, wie es von Frau Steinbach organisiert wird, muss sehr entschieden und sehr glaubhaft klingen. Es gibt überhaupt keinen Grund dafür, sich irgendwie zurückzuhalten. Dabei beunruhigt mich, dass sich die Frau Ministerin heute - sagen wir es offen - in der Sprache des Herrn Beška äußerte, als sie über die rechtliche Eigentumsproblematik sprach. In identischer Weise sagte Marek Beška: Regt euch nicht auf, die Angelegenheit ist gelöst, weil sich die deutsche Seite verpflichtete, dass keine deutsche Regierung diese Forderungen deutscher Staatsbürger unterstützen wird. Ich aber rufe die Frau Ministerin auf, dass sie - zwar nicht im PiS-Wahlkampfstil - den Deutschen mit starker Stimme sagt: Ändert eure Rechtsdoktrin. So wie Polen gegenüber seinen eigenen Bürgern die Verpflichtungen übernahm, die ihr Eigentum im Osten im Rahmen der Repatriierung verloren hatten, so ist auch der deutsche Staat verpflichtet, das selbe zu tun. (...)

Außenministerin Anna Fotyga antwortete direkt auf die Ausführungen von Komorowski:

(... Ich) habe ausdrücklich gesagt, dass bezüglich der zweiten Frage (...), der 22 Klagen beim Europäischen Menschenrechtstribunal (...), ein gewisses Abweichen von bisherigen Standpunkten notwendig ist, die dahin führen müssen, dass beide Seiten eine übereinstimmende und gleichzeitige Interpretation dieser Erscheinung beschließen müssen (...). Es laufen Verhandlungen zwischen der polnischen und deutschen Seite.

Jolanta Szymanek-Deresz (SLD):

Frau Ministerin, es scheint so, das Deutschland bessere Beziehungen zu Russland als zu Polen hat. (...) In der letzten Zeit waren wir Zeuge vieler Affronts, wie beispielsweise die Kritik von Premier Jarosław Kaczyński an Präsident Horst

Köhler wegen dessen Teilnahme am deutschen Tag der Heimat, ohne seine Versöhnungsworte und seine Feststellungen über die berechtigten Befürchtungen der Polen wegen des Zentrums gegen Vertreibungen zu beachten. (...) War der Boykott der Einladung nach Berlin durch den geschäftsführenden Kommissar von Warschau Kazimierz Marcinkiewicz notwendig? Was für eine Platte war der Vergleich des deutsch-russischen Gasleitungs-Vertrag mit dem Ribbentrop-Molotow Vertrag. (...) Die Kurzsichtigkeit, mit der unsere Außenpolitik geführt wird und nicht zu verstehen scheint, dass Deutschland eine der Säulen der Europäischen Union sowie der wichtigste Bündnispartner der Vereinigten Staaten ist, ist erstaunlich. (...) Die jetzige polnische Regierung sieht die Beziehungen zu Deutschland immer noch auf historischem, ich möchte fast sagen hysterischem Hintergrund. Ich zitiere die Professorin Anna Wolf-Powęska, die wie folgt unsere Außenpolitik charakterisiert: Anstatt einer Außenpolitik gegenüber Deutschland haben wir es hier mit einer unterschiedlichen Art an Verteidigungsreaktionen, Überempfindlichkeiten und unnötigen Komplexen zu tun, und unsere neurotische und hysterische Haltung verschlechtert das Ansehen Polens in der Welt.

Aus einem Kommentar zur Debatte in der Polityka, Nr. 5/2007, S. 18

Marek Ostrowski

Opposition - Fürchte dich nicht

Seit langem haben wir den Eindruck, dass die polnische Außenpolitik passiv und schlecht ist, eher Streitbar als partnerschaftlich, und keine Akzente für eine Zusammenarbeit setzt. Endlich fand, wenn auch nur sehr kurz, eine lange aufgeschobene Debatte über die Realisierung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages im Sejm statt. Man muss vorsichtig die Ministerin loben, dass sie wenigstens versuchte, den konfrontativen Kurs gegenüber Deutschland zu unterbrechen, obwohl sie leider der deutlichen Darstellung gemeinsamer Interessen sowohl im bilateralen wie im europäischen Rahmen sehr wenig Zeit widmete. Es war auch ein Fehler, dass sie sich mit den individuellen Klagen auf Eigentumsentschädigungen einer kleinen Gruppe sklerotischer und unerfahrener Deutscher auseinandersetzte. Wäre es nicht besser, diese Angelegenheit zu ignorieren und sie den Gerichten zu überlassen, wo doch sowohl eine gemeinsame Rechtsexpertise wie auch eine mehrmals wiederholte Erklärung der deutschen Regierung vorliegt? (...)

(Übersetzungen: Wulf Schade, Bochum)

Vom Junker zum Bürger

Wissenschaftliche Tagung über Hellmut von Gerlach und seine Zeit

Von Christoph Koch

In der Geschichtswissenschaft nicht allein der Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten, ausgehend von der Erforschung der gesellschaftlichen Voraussetzungen des Nationalsozialismus, eine Forschungsrichtung an Boden gewonnen, die sich das Studium der gescheiterten oder versäumten demokratischen Alternativen der aufkommenden Diktatur in der ersten deutschen Republik zum Ziele setzt, die es nicht vermochte, sich aus der Vormundschaft der feudalen und bürgerlichen Träger des Kaiserreiches zu emanzipieren und an ihre Stelle eine den zivilisatorischen Standards jenseits der Reichsgrenzen entsprechende bürgerliche Demokratie zu setzen. Diesem Thema ist eine wissenschaftliche Tagung unter Beteiligung von Historikern, Kulturwissenschaftlern und Publizisten aus Deutschland, Polen und Italien gewidmet, die im kommenden Sommer an der Freien Universität Berlin stattfindet (siehe Ankündigung auf der letzten Umschlagseite).

Im Mittelpunkt der Tagung steht die politische und publizistische Tätigkeit Hellmut von Gerlachs (1866-1935), des wortmäch-



Hellmut von Gerlach

tigen Anwalts von Demokratie und Frieden sowie der Verständigung mit Polen und Frankreich in der Weimarer Republik, und die Aktualität seiner Einsichten in der Republik unserer Tage.

Mitveranstalter der Tagung sind die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e. V., die 1948 in Berlin als gesamtdeutsche "Hellmut-von-Gerlach-Gesellschaft" ins Leben gerufen wurde, die Deutsche Friedensgesellschaft und die Internationale Liga für Menschenrechte, an deren Gründung Hellmut von Gerlach beteiligt war und zu deren namhaftesten Vorkämpfern er lange Jahre gehörte, endlich die Zweiwochenschrift "Ossietzky", die in der Nachfolge der "Weltbühne" steht, deren politische Leitung Hellmut von Gerlach für den wegen Landesverrats inhaftierten Carl von Ossietzky wahrnahm.

Der gedankliche Lebenslauf von Gerlachs berührt alle denkbaren Verfassungen der deutschen Gesellschaft von der Monarchie bis zu einer Demokratie westeuropäischen Zuschnitts und führt auf diese Weise das ganze Spektrum der politischen und gesellschaftlichen Lager der Jahrzehnte zwischen der Reichsgründung und dem Ende der Weimarer Republik, darunter die vereitelten und vertanen Möglichkeiten einer Verhinderung des Abgleitens in die nationalsozialistische Gewaltherrschaft nach innen und außen, vor Augen. Wie ein roter Faden zieht sich durch Hellmut von Gerlachs geistigen Werdegang die Einsicht, daß ein auf gegenseitige Achtung und Aufrichtigkeit gegründetes gutnachbarschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Polen den Schlüssel für das friedliche Zusammenleben der Völker des Kontinents darstellt. Den Anstoß zu dieser Einsicht gaben die Anschauung der Lebensbedingungen der polnischen Untertanen des väterlichen Gutes in Schlesien und erste Erfahrungen mit der preussischen Polenpolitik. Ihre Bewährung erfuhr sie, als Hellmut von Gerlach unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg von Rudolf Breitscheid zum Unterstaatssekretär des preußischen Innenministeriums berufen wurde, in dessen Zuständigkeit die Provinz Posen fiel, die im Begriff war, sich von Preußen zu lösen. Es gelang ihm, in Verhandlungen mit den polnischen revolutionären Organen einerseits die Versorgung des Reiches mit polnischen Lebensmitteln sicherzustellen und andererseits die Rechte der polnischen Reichsangehörigen gegenüber nationalistischen Forderungen nach einer militärischen Bereinigung der Polenfrage zu wahren. Eine Broschüre über den "Zusammen-

bruch der deutschen Polenpolitik" verlieh den dabei gewonnenen Erkenntnissen publizistischen Ausdruck. Bis in die Tage Piłsudskis hat Hellmut von Gerlach sich im Zusammenwirken mit der polnischen Friedensbewegung für die Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses eingesetzt. 1925 gehört er zu den Initiatoren einer Konferenz deutscher und polnischer Pazifisten in Danzig, aus der ein aus pazifistischen Kräften bestehender parlamentarischer Verständigungsausschuß hervorging, der sich insbesondere die Beendigung der deutschen Wirtschaftssanktionen gegenüber Polen zum Ziel setzte. Die Reaktion des nationalistischen Lagers, das sich über seinen "feigen Pazifismus" empörte und ihm die "Quittung für Posen" versprach, gipfelte bereits 1920 in einem Mordversuch.

Das Wirken Hellmut von Gerlachs und seiner Weggefährten gehört nicht zum geistigen Besitz der heutigen deutschen Republik, die die nicht eben breite konsequent demokratische Bewegung der ersten Republik nicht zu ihren Fundamenten zählt und deren Selbstverständnis den Einsichten von Gerlachs in entscheidenden Punkten gerade entgegengesetzt ist. In den anerkannten Darstellungen der Geschichte von Kaiserreich, Weimarer Republik und Drittem Reich bleibt ihre Berücksichtigung allenfalls marginal. Erst in jüngster Zeit tut sich, nicht zuletzt durch das Verdienst auf der Tagung Vertreter Referenten, die Möglichkeit auf, dass sich die Republik in den Besitz der von den Nationalsozialisten abgeschnittenen Traditionen setzt, die ihr die Vollendung der bürgerlichen Demokratie zur Aufgabe machen. Da dies dem äußeren Anschein nach nicht zu ihren ersten Sorgen zählt, möchte die Tagung ihr bei der Nutzung dieser Chance zur Seite stehen. ○

**Unterstützen Sie die
Deutsch-Polnische
Gesellschaft
der BRD
Werden Sie
Mitglied!**

**Informationen bei:
Manfred Feustel
Im Freihof 3
46569 Hünxe
Fax: 02858/ 7945**

Über allem Moral und ein Manichäer als Regierungschef

Ein Ende der jetzigen Machtkonstellation ist noch nicht abzusehen

Von Holger Politt

In Polen dürften Zwillingbrüder auf absehbare Zeit kein zweites Mal die Chance bekommen, höchstes Staatsamt und höchstes Regierungsamt in Familiennutzung zu nehmen. Die erste Erfahrung mit solcher Regierungsvariante ist vielen ernüchternd genug. Die Stimmungskurve zur Regierungsarbeit ist schlechter als bei den Vorgängern AWS und SLD jeweils nach Ablauf der gleichen Zeit am Regierungshebel. Selbst wohlwollende Kritiker räumen mittlerweile ein, dass Jarosław Kaczyński an Orientierung verliert. Er nähert sich bereits auffällig den vielen Amtsvorgängern, die in der Regierungsarbeit ihren vormals so untrüglichen politischen Instinkt verloren hätten. Und doch ist es wie im Märchen - vorschnelle Entwarnung wird durch die Fabel bestraft. Denn Jarosław Kaczyński ist unter Polens Spitzenpolitikern nach wie vor jener Mann, der das beste Gespür für die Sorgen und Nöte des vielbeschwo- renen kleinen Mannes hat. Und das bedeutet in einem Land gravierender sozialer Probleme viel. In den Händen eines gewieften Taktikers ist dieser Fakt zudem eine nicht zu unterschätzende Waffe.

Die PiS-geführte Regierung hat außerdem großes Glück. Obwohl die kleinen Koalitionspartner LPR und Samoobrona in den Augen der Öffentlichkeit mächtig Federn ließen und bestenfalls einen Schatten ihrer selbst darstellen, ist die Opposition keinen Schritt weitergekommen. Die PO beruhigt sich mit der Aussicht, ohnehin der kommende Wahlsieger zu sein, und kuschelt auffallend an der neuesten PiS-Front, der beabsichtigten Ausmerzungen aller nur möglichen kommunistisch-postkommunistischen Hinterlassenschaften, ein Vorgang, der bei dem angesagten Husarenstil ja ein jedes liberale Herz - egal ob der Kopf nun mittig oder rechts denkt - bluten lassen müsste. Und die SLD ist eher mit sich selbst befasst, stehen der Partei oder besser gesagt ihrer Mitgliedschaft mit dem angekündigten Ausritt in freiheitlich-liberales Gelände doch genügend Prüfungen schwerster Art ins Haus. Vorsorglich und gut gemeint wurde inzwischen die Parlamentsfraktion, in Fraktion der Linken und der Demokraten (LiD) umgetauft, was freilich sofort den Vorwurf der Vereinnahmung einbrachte, denn natürlich sitzt dort nach wie vor kein einziger der "Demokraten" auf den Abgeordnetenbänken. Insgesamt beruhigen auch hier eher die Aussichten, denn man glaubt den kommenden Wahlsieger PO bereits in der Zwickmühle: Entweder Fortschreibung des Kaczyński-Programms mit anderen Mitteln oder die von Kaczyński für ausgeschlossen gehaltene Koalition eines sich breit verstehenden liberalen Lagers, denn der Ministerpräsident sieht seine rechtsliberalen Kollegen

scheuend vor der Hürde, die da Antikommunismus heißt.

Alle wichtigen politischen Gruppierungen gehen bereits davon aus, dass eine Rückkehr zu den Vor-Kaczyński-Verhältnissen ausgeschlossen ist; sie versuchen dem Rechnung zu tragen. Dem PiS-Vorsitzenden wird dabei nicht entgangen sein, dass die virtuell in Vorhand sitzende PO den ältesten Rock trägt, einen Rock aus grauer Vor-Kaczyński-Zeit, als der Hauptgegner noch Leszek Miller hieß. Sie scheut sich vor Änderungen und leidet sehr unter dem so ungleichen Führungspaar. Jan Rokita und Donald Tusk, die noch immer den Eindruck vermitteln als warteten sie auf ihre großen Chancen, zermürben im Spagat zwischen dem Vorher und dem Nachher. Im Heute haben sie hingegen einen schweren Stand, dessen darf sich ihr großer Gegner sicher sein. Und sollte die Vision einer sich rechts und links von der Mitte befindlichen großen liberalen Verständigung wider alle Erwarten dennoch Wirklichkeit werden, hätte er einen unschätzbaren Sieg errungen.

Bevor die Umriss eines künftigen konservativ-nationalen Blocks feststünden, gäbe es den so wichtigen Gegenpart. Kaczyńskis Gegner hätten dem Traum von den beiden das politische Leben dominierenden Blöcken neue Hoffnung eingehaucht. Er bräuchte dann die aufgegangene Saat selbst nur noch einbringen. Nach den Kommunalwahlen 2006 übrigens keine allzu schwere Übung, denn zumindest in den Kleinstädten und auf dem flachen Lande kann PiS von deutlich gestärkten Strukturen ausge-

hen. Sollten sich die politischen Gegner über ein liberales Programm einigen können, stünde der bereits leicht abgetragene Wahlschlag des "solidarischen Polen" in neuer, vielen Menschen einleuchtender Herrlichkeit.

Weniger Erfolg verheißt hingegen der platte Antikommunismus, mit dem Bruder Lech im Präsidentenamte die ersten Wochen des Jahres zu punkten versuchte. Vergeblich. Weder Jaruzelskis Generalsrang noch Ludwik-Waryski-Straßen sind wirklich von Interesse. Schon gar nicht ist es eine Roosevelt-Straße in Wrocław, die nun deshalb umbenannt werden soll, weil Roosevelt dem Stalin seinen Segen zu Jalta gegeben hatte. Stielblüten einer vollkommen verschrobenen Zeit, gewiss, doch das eine oder andere lässt sich an diesen Kuriositäten ablesen. Die gesellschaftliche Stimmung nämlich, die beide Kaczyńskis ins Amt brachte, flacht zusehends ab. Bereits bei den Kommunalwahlen wurde mit der Bauernpartei PSL eine Kraft überdurchschnittlich honoriert, die als Alleinstellungsmerkmal die eigene Normalität (PSL = normal) herausstellte. Die Lust jedenfalls, den Einfällen und Launen der berühmtesten Familie Polens zu folgen, ist den meisten Polen abhanden gekommen. Es hat sich auch an die Weichsel herumgesprochen, welches eigenartig-spöttische Bild der politischen Elite im Ausland mittlerweile gezeichnet wird.

Und Jarosław Kaczyński, der noch wenige Wochen nach Amtsantritt siegessicher tönte, es gäbe für den Ministerpräsidenten im heutigen Polen Wichtigeres als die tagtägliche Kleinarbeit am Regierungstisch, verspricht nun dem Publikum, dann doch noch zu diesem Arbeitsstil überzugehen, allerdings erst, wenn zwei Dinge ihren Abschluss fänden. Erstens die Institutionalisierung der eingeleiteten moralischen Revolution und zweitens die überfällige Ablösung der Kräfte des Runden Tisches von den Schalthebeln der Macht im Lande. Letzteres zielt auch in Richtung PO, die so vor einem Schulterchluss mit den Veteranen des Runden Tisches (SLD und Freidemokraten, also LiD) gewarnt werden soll. Welche wundervollen Blüten das zeitigen kann, verdeutlicht ein jüngst in Umlauf gebrachtes Pamphlet aus der Feder eines rechten Mannes, der nach Alter und Gesinnung jenen zuzurechnen ist, die womöglich einmal Kaczyńskis politische Erben genannt werden könnten, zur Zeit sich aber anschicken, die Meinungsführerschaft im Lande zu übernehmen. Rafał Ziemkiewicz nannte sein Buch "Das Michnikland" (Michnikowczyzna). Adam Michnik, so die zentrale Behauptung, habe ein großes

gesellschaftliches Kapital gehabt und selbiges leichtfertig verspielt, da er den Geist der "Solidarność" am Runden Tisch erst aufgegeben bzw. verraten und danach die Postkommunisten hoffähig gemacht habe. Er ende als der Jerzy Urban der Dritten Republik, also als der Demagoge einer Ordnung, die verlogen und durch und durch im Korruptionssumpf gestrandet sei. Für den Aufbruch in einen moralischen Kapitalismus werde ein solcher Bankrotteur nicht mehr gebraucht. Dahinter steht die nicht unbegründete Hoffnung, um das im Mai 2006 etablierte konservativ ausgerichtete Springer-Blatt "Dziennik" ließe sich ein zweites Meinungszentrum etablieren, so wie es die liberal ausgerichtete und zu einer polnischen Kapitalgruppe gehörende "Gazeta Wyborcza" seit Jahren darstellt. Die langjährige praktische Monopolstellung des Michnik-Blattes ist aufgebrochen, auch wenn das Flaggschiff der polnischen Presse noch immer eine deutliche Spitzenposition einnimmt. Doch das schreibende Umfeld von "Dziennik" ist deutlich jünger, ist spritziger und zugleich aggressiver, versteht sein journalistisches Handwerk und kommt insbesondere bei den 30- bis 40-jährigen recht gut an. Michnik ist für diese Generation tatsächlich zu einem Symbol "voreiszeitlicher Vergangenheit" geworden.

Der Ministerpräsident aber hofft, dass alle diese Konstellationen ihm dabei helfen, ein anderes Demokratieverständnis zu etablieren. Ob man es dann institutionell als "Vierte Republik" bezeichnet oder nicht, ist ihm, der diese Formulierung einst siegessicher in den Umlauf brachte, inzwischen herzlich egal. Ein anderes System müsse her, ein System, in dem Verantwortung wieder Verantwortung, Moral wieder Moral und Wahrheit wieder Wahrheit genannt werden könnten. Recht und Gerechtigkeit eben. Diese Forderung bleibt solange aktuell, wie glaubhaft gemacht werden kann, dass Staat und Gesellschaft gefährlich angefressen seien. Die Zentrale Korruptionspolizei, die ohne jegliche parlamentarische Kontrolle agiert, hat dann vor kurzem auch in die Ärzteschaft hineingestochen und einen bekannten Herzspezialisten, der viele erfolgreiche Herztransplantationen auf seinem Konto hat, festsetzen können. Die Skala der Korruptionsdelikte, die ihm zur Last gelegt werden, wird von Kennern des polnischen Gesundheitswesens aber eher als eine normal übliche Größe bezeichnet. Das ist ein Armutszeugnis für den betreffenden Arzt und für das Gesundheitswesen, klare Sache. Hier interessiert jedoch die Frage, wie lange die PiS-Strategen solche Quellen, die es in Polen in

Hülle und Fülle gibt, noch zur politischen Goldader ummünzen können? Polen geht schwierigen Zeiten entgegen. Die Mixtur, die Jarosław Kaczyński seinen Landsleuten als heilendes Mittel anzudre-

hen versucht, wird ihre Wirkung verfehlen. Genauso wie einst die untauglichen Mixturen der Vorgänger - die Programme Jerzy Buzeks und Leszek Millers. ○

Der im Folgenden in Auszügen dokumentierte Kommentar zur Auswechslung eines Regierungsmitgliedes stammt aus Nasz Dziennik, der mit Radio Maryja eng verbundenen Tageszeitung. Zu politischen Sendungen von Radio Maryja werden Abgeordnete von PiS und LPR wie auch Regierungsmitglieder häufig eingeladen, damit sie dort ihr Verständnis von Patriotismus, Verantwortung und Moral verdeutlichen können. In Nasz Dziennik sind sie häufig Gastkommentare oder gern gesehene Interviewpartner. Es stört diese Abgeordneten und Regierungsmitglieder ganz offensichtlich nicht, dass sowohl bei Radiyo Maria wie in Nasz Dziennik immer wieder offener Antisemitismus und Nationalismus ihren Platz haben, wie das in diesem Beitrag deutlich wird.

Der Rücktritt eines Neokonservativen

Von Prof. Iwo Cyprian Pogonowski, Sarasota, USA

Der am Montag zurückgetretene neokonservative Politiker Radosław Sikorski arbeitet seit 2002 im American Enterprise Institute in Washington (...) [Er] erhält dort ein Gehalt von 135 Tsd. Dollar jährlich (...)

Die Ideologie des Neokonservatismus wurde von Trotzlisten, Juden aus New York, entwickelt, die sich zum radikalen Zionismus während des Niedergangs des Kommunismus bekehrten. Sie formten das trotzkistische Konzept „des permanenten Krieges um den Kommunismus“ für den Kampf um den Aufbau eines globalen Imperiums der USA und die Hegemonie Israels vom „Nil bis zum Euphrat“ um. (...)

Als wesentliche Waffe zur Erreichung ihrer Ziele dient den Neokonservativen die Ideologie des Holocausts. Die Polen, die durch die jüdische Propaganda als Partner der Deutschen während der jüdischen Tragödie im Zweiten Weltkrieg dargestellt werden, sind nun die nächsten nach den Deutschen und den Schweizern, die sich dem Druck ausgesetzt sehen, der jüdischen Bewegung Wiedergutmachungsansprüche („das Unternehmen Holocaust“) in Höhe von mehr als 60 Milliarden Dollar zu erfüllen. Sie fordern das trotz der Zerstörungen, die Polen und die polnischen Menschen während des Krieges erlitten hatten, und trotz der Tatsache, dass die Juden bereits aus Deutschland, der Schweiz und Polen Entschädigungen erhalten haben. Man muss daran erinnern, dass es die Deutschen und Sowjets waren, die Kriegsverbrechen gegen die Polen begangen hatten, wobei bei diesen Verbrechen der Deutschen und Sowjets neben anderen Tausende Juden als Kollaborateure beteiligt waren. (...)

Ratgeber für Murdoch

Die Internet-Enzyklopädie Wikipedia informiert darüber, dass Sikorski 1984 die britische Staatsbürgerschaft annahm (...). Ab 1990 war er Berater des jüdischen Milliardärs und Pressemagnaten Rupert Murdoch in Polen. Wie ja allgemein bekannt ist, wurden mit Hilfe der sogenannten Null-Z³-Investitionen Privatisierungen wertvoller Unternehmen organisiert, die in Wirklichkeit einen Raub darstellten. Im Ergebnis haben wir nach 18 Jahren sogenannter Transformation nur eine mäßige Vermehrung des Kapitals und die Einkommen der Polen begründen sich hauptsächlich auf direkte Arbeit und nicht auf Gewinn aus der Kapitalvermehrung durch Polen und den polnischen Staat, der sich heute einer neuen Offensive jüdischer Ansprüche gegenübersehen sieht.

Radosław Sikorski hat eine sehr talentierte jüdische Ehefrau, die unter dem Namen Anna Applebaum publiziert (...). Das Ehepaar Sikorski hat zwei Söhne, die entsprechend den Vorschriften der Rabbiner das „Recht auf Rückkehr“ nach Israel besitzen, wann immer sie in ihrem Leben von diesem Recht Gebrauch zu machen wünschen.

Aus: Nasz Dziennik vom 7. Februar 2007, Nr. 32 (2745); Übersetzung: Wulf Schade, Bochum

Mit „Null Toleranz“ auf dem Weg in die IV. Republik

Roman Giertych und die Bildungspolitik in Polen

Von Narcyza Ćmichowska

Die derzeitige Dominanz der Kaczyński-Zwillinge (PiS - Recht und Gerechtigkeit) in der polnischen Politik ist bekannt. Der eine, Lech, ist Staatspräsident, der andere, Jarosław, Premierminister. Neben ihnen ziehen zwei weitere Personen der Regierung größere Aufmerksamkeit auf sich: die Führer der beiden Koalitionsparteien Samoobrona - Andrzej Lepper (Vizepremier und Landwirtschaftsminister) - und der Liga der polnischen Familien (LPR) - Roman Giertych. Letzterer ist erst 36 Jahre alt und Bildungsminister sowie Vizepremier.

Am 9. Februar 2007 gab Giertych eine Pressekonferenz zu einem neuen Erlass im Rahmen des für die Schulen angekündigten Antigewalt-Programms „Null Toleranz“, das bis Ende Juni 2007 die Aufnahme neuer Vorschriften in die Schulstatuten fordert: Maßregeln für das Verhalten der Schüler gegenüber Lehrkräften, Bestimmungen für den Gebrauch von Mobiltelefonen sowie die Einführung einheitlicher Schulkleidung. Verstöße gegen diesen Erlass sollen mit Abmahnungen bzw. Entlassungen von Schulleitungen und Lehrkräften geahndet werden.

Die Pressekonferenzen von Minister Giertych rufen in der Regel große Aufmerksamkeit hervor. Mit den meisten Printmedien steht er nämlich auf Kriegsfuß. So forderte er Mitte Dezember 2006 deshalb - ganz im Einklang mit seinem Amtskollegen Lepper, der wochenlang in dieser Zeit wegen einer „Sex-Affäre“ der beinahe gesamten Parteiführung nahezu täglich in den Medien war, - die Einschränkung der Pressefreiheit per Gesetz. Hauptgrund: Die laut gewordenen Vorwürfe im Hinblick auf die von ihm praktizierte Personalpolitik. Vorgeworfen wurden und werden Giertych die - zumeist gelungenen - Versuche, Schlüsselpositionen mit Parteifreunden oder Anhängern der Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszechpolska - MW), die bis in die jüngste Vergangenheit hinein häufig durch rechtsradikale Äußerungen und Aktionen auffiel, zu besetzen: Leiter des Lehrerfortbildungsinstituts Warschau, Geschäftsführer des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW), höhere Beamte des MEN (Ministerium für Nationale Bildung), Leitung des Büros des Europäischen Sozialfonds, Kurator in Łódź....

Wie mit einem Großteil der Presse steht Roman Giertych als „Erster Lehrer des Staates“ auch zu einem bedeutenden Teil der polnischen Lehrkräfte im deutlichen

Widerspruch. Wie seine Vorgänger trat er sein Amt als Bildungsminister mit großen Versprechungen bezüglich der Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Laufbahnmöglichkeiten für diese Berufsgruppe an, deren Wirklichkeiten bisher aber noch nicht erkennbar sind.

Giertychs Verhältnis zur Lehrerschaft

Ebenso scheinen die Ende 2006 für das Jahr 2007 in Aussicht gestellten Erhöhungen der Lehrergehälter nur in geringem Maße umgesetzt zu werden. Der im Februar 2007 gemachte Vorschlag des MEN würde für die diesjährige Lohnrunde eine durchschnittliche Erhöhung um 3,91% bedeuten. Danach würden die Gehälter für eine diplomierte, in unbefristetem Arbeitsverhältnis stehende Lehrkraft in ihrer niedrigsten Stufe (ohne Hochschulstudium) ca. 334 € und in der höchsten Stufe (mit Hochschulstudium und pädagogischer Qualifikation) ca. 550 € betragen. So bleibt es in der näheren Zukunft also weiter dabei, dass eine Lehrkraft, der kein gut verdienender Partner zur Seite steht, sich kaum eine normale Existenz aufbauen kann. Lehrkräfte sind außerdem für praktisch keine Bank kreditwürdig. Angesichts dessen, dass der in der rechts-konservativen AWS-Regierung für die Bildungsreform verantwortliche Minister Mirosław Handke bereits 1997 angekündigt hatte, jede polnische Lehrerin bzw. jeder polnische Lehrer würde bald 1.000 US-Dollar (das sind ca. 750€) verdienen, ist der anhaltende Frust dieser seit der Wende 1989 auf bessere Zeiten wartenden Berufsgruppe nur allzu verständlich.

Minister Giertych behandelt die beiden größten Gewerkschaften im Bildungssektor - ZNP (Związek Nauczycielstwa Polskiego) und Solidarność - höchst unterschiedlich. Mit ersterer spricht er eigentlich

nur, wenn es um die offiziellen Tarifverhandlungen geht, lehnt jedoch jedwede Zusammenarbeit oder irgendeinen Dialog ab - mit dem Argument, dies sei eine postkommunistische Organisation. Als Giertych im Jahre 2006 verdiente Lehrkräfte mit Medaillen auszeichnete, war kein einziges ZNP-Mitglied darunter. Die andere Gewerkschaft hat ihre Wurzeln wie die PiS im rechten Solidarność-Spektrum und verhält sich daher eher relativ brav. Die von ZNP vorgeschlagene Zusammenarbeit im Kampf um höhere Lehrergehälter wird kategorisch abgelehnt und das „Null Toleranz“-Programm des Ministers wird in diesem Lager gelobt.

Unterschiedliche Behandlung der Gewerkschaften

Unabhängig voneinander haben beide Gewerkschaften in den ersten Monaten des Jahres Referenden über mögliche Protestaktionen durchgeführt, für den Fall, dass die kommende Gehaltserhöhung nicht zu ihrer Zufriedenheit ausfällt. Das Ergebnis stand zum Redaktionsschluss noch aus. Es war aber damit zu rechnen, dass die Kollegen sich mehrheitlich für Streiks o.ä. aussprechen würden. Dass man würdigere Gehälter erstreiten kann, haben schon 2006 die Ärzte vorgemacht, die sogar vom Krankenbett weggingen und nach monatelangen Streiks nun durchschnittlich 30% mehr Lohn bekommen. Schon jetzt heißt es in Lehrerkreisen: „Das Abitur 2007 wird nicht wie geplant stattfinden können.“ oder: „Wenn es diesmal nicht klappt, bleibt nur die Auswanderung nach Irland!“. Es wird also einen heißen Frühling an Polens Schulen geben...

"Null Toleranz" in der Schule

Auch die Vision von Schule, die sich in den Erlässen von Minister Giertych im Rahmen des Programms „Null Toleranz“ und einer umfangreichen Gesetzesnovelle zum Schulsystem langsam konkretisiert, entspricht kaum den Vorstellungen der Mehrheit der Lehrerschaft. Gemäß der geplanten Novelle sollen beispielsweise die Elternvertretungen großes Gewicht bei das Lehrerkollegium betreffende Personalentscheidungen erhalten. Bislang obliegt dies der Schulleitung. Für schlecht qualifizierte, aber auch für unbequeme Lehrkräfte, die Zöglinge einflussreicher Eltern gegen deren Willen beispielsweise schlecht benoten, könnte dies den Weg in die Arbeitslosigkeit bedeuten. Auch wird die Kompetenz der Mehrheit der Elternschaft von den meisten Lehrerinnen und Lehrern in Frage gestellt. Kritik üben die Lehrkräfte zudem

daran, dass man ihnen - auch im Zuge des „Null Toleranz“-Programms - immer mehr Verpflichtungen und Verantwortung aufbürdet. Viele Eltern übertragen ganz bewusst den eigenen Erziehungsauftrag auf den Lehrkörper, der ja hauptsächlich zur Erfüllung des Lehrplans da sein sollte. Sogar mit Haftstrafen für Versäumnisse bei der Erfüllung der Aufsichtspflicht ist zu rechnen, wenn ein Lehrer z.B. nicht mitbekommt, dass eine Gewalthandlung o.ä. in seiner Nähe geschieht, ob im Unterricht oder während der Pause. Dahinter steht der - teilweise nicht unbegründete - Vorwurf, die Lehrer würden ohnehin lieber wegsehen, statt einzuschreiten, und ein konkretes Ereignis, das ganz Polen erschütterte, aber lediglich die Spitze des Eisberges darstellt, wenn es um das Phänomen „Gewalt an Schulen“ geht.

Tod einer Schülerin erschüttert ganz Polen

Der tragische Selbstmord von Anna H., der 14-jährigen Schülerin des Danziger Gimnazjums nr 2 (neue Schulform seit der Bildungsreform - Stufe 7-9), im Oktober 2006 war dieses Schlüsselereignis für die in Richtung autoritärer Methoden gehenden Erlasse des Bildungsministers. Ihrem Suizid vorausgegangen war ein grausames Jahr mit Mobbing durch Schüler ihrer Klasse. Einen Tag vor ihrem Tod hatte die Polnischlehrerin das Klassenzimmer für längere Zeit verlassen, um andere Dinge zu erledigen. Während dieser Zeit kam es zur Eskalation: zu Erniedrigungen und sexuellen Übergriffen durch fünf Mitschüler, die per Handy-Kamera als Video festgehalten wurden - vor den Augen der als Schaulustige beteiligten gesamten Klasse.

An Annas Begräbnis nahmen Tausende teil, es wurde zum Medienereignis. Roman Giertych nutzte daraufhin am 3.11.2006 ausgerechnet die betreffende Schule als Kulisse für seine Pressekonferenz, auf der er das Programm „Null Toleranz gegen Gewalt“ vorstellte. Damals traf er mit seinen entschiedenen Worten genau die Stimmung der Öffentlichkeit, die empört darüber war, dass so etwas an Schulen überhaupt passieren kann. Doch angesichts weiterer Meldungen ähnlich extremer Vorfälle in ganz Polen wurde rasch danach deutlich, dass lediglich restriktive Maßnahmen, wie die Einführung einer Polizeistunde für Minderjährige oder das Wegschließen von als gewalttätig aufgefallenen Schülerinnen und Schüler in entsprechende Anstalten, nicht wirklich die Lösung des Gewaltproblems an Schulen sein kann.

Restriktion kontra Prävention

In der folgenden Zeit wurde über mögliche präventive Maßnahmen diskutiert. Im Vordergrund standen dabei nicht deeskalierende Maßnahmen und nicht die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern, wie sie in vielen deutschen Schulen durchgeführt werden: Ausbildung von Schüler/innen zu Streitschlichtern, Anti-Gewalt-Seminare für Klassen im Rahmen des ENTIMON-Programms, Propagierung von Zivilcourage etc. Stattdessen setzte man mehr auf administrative Maßnahmen. So soll das „Dreiergespann“ (poln. Trójka - Vertreter von Kuratorium, Kommune und Polizei) in Schulen nach dem rechten sehen und gegebenenfalls Änderungen im Schulmanagement anordnen. Die Kameraüberwachung von Schulgebäuden ist ohnehin schon an der Tagesordnung. Akribisch ausgearbeitete Pausenaufsichtspläne für alle Flure, Etagen und Treppenhäuser hängen in allen

Giertych kontra Jugendaustausch mit Deutschland

Auf der Pressekonferenz am 9. Februar 2007 wurde Minister Giertych von einer Journalistin auch nach der Zukunft des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) befragt, das sich seit Anfang Februar wieder verstärkt im Blickpunkt der deutschen ("Märkische Oder Zeitung" und "Die Welt") und polnischen (Gazeta Wyborcza) Presse befindet, hatte doch das MEN (konkret Vizeminister Mirosław Orzechowski) alle drei Terminvorschläge des auf deutscher Seite zuständigen Ministeriums zur Verabschiedung des laufenden DPJW-Haushalts einfach abgelehnt. Er stellte fest, das DPJW sei eine wichtige Organisation, um die man sich kümmern wolle, zudem sei alles in bester Ordnung. Weiterhin kündigte er an, die diesjährige Sitzung des Deutsch-Polnischen Jugendrates (DPJR) sei -immerhin früher als noch 2006 geschehen - für März angesetzt und die erste Rate aus dem polnischen Beitrag für 2007 sei bereits überwiesen worden. ○

Lehrerzimmern - an vielen Schulen verbringen die Jugendlichen aus Sicherheitsgründen (Verletzungsgefahr, Schutz vor Drogendealern, Vorbeugen gegen Schulschwänzen) den gesamten Schultag im Schulgebäude, welches ganz einfach abgeschlossen wird, so dass es im Brandfall zu einer Katastrophe kommen könnte. Hinzu

kommt der Stadtpolizist (poln. Straż Miejska), der in jeder Pause das Schulgebäude betritt, für dessen Überwachung er zuständig ist.

Folgen der Bildungsreform

Viele sehen die Ursachen für die offensichtliche Zunahme von Gewaltakten unter Schülern in der mangelhaften Ausbildung der Lehrkräfte sowie den veralteten Unterrichtsplänen und -methoden, v.a. aber in der in ihren Augen misslungenen Bildungsreform aus dem Jahre 1999. Daran kritisiert man die Einführung der Schulform *Gimnazjum* (Stufe 7-9) für alle Jugendlichen des jeweiligen Einzugsgebietes, die die sechsjährige Grundschule hinter sich gelassen haben. Der Besuch des *Gimnazjums* ist verpflichtend, kein Schüler kann so einfach von dieser Schulform verwiesen werden.

In einem *Gimnazjum* werden etwas über dreißig Schüler nach Notendurchschnitt (laut Kompetenztest nach Abschluss der Grundschule) und nach ihrer Wahl der Fremdsprachen in einer Klassengemeinschaft zusammengefasst. Es gibt daher 'bessere' und 'schlechtere' Klassen. Je nach Einzugsgebiet gibt es auch 'bessere' oder 'schlechtere' *Gimnazja*. Unter den Klassen gibt es so von Anfang an Rivalitäten wie auch innerhalb jeder Klasse. Gerade zu Beginn ist das konsequente Zusammenspiel von Klassenlehrer, Schulpädagogen, Fachlehrern und Schulleitung sowie den Eltern gefragt, um eventuell später eskalierenden Konflikten vorzubeugen. An Schulen, wo dieses Zusammenspiel nicht funktioniert, kommt es zu Konflikten und Gewaltakten, vom Mobbing einzelner Schüler bis hin zu Schlächten zwischen Klassenverbänden im Park hinter der Schule. Verhaltensauffälligen Schülern kann unter diesen Umständen nicht geholfen werden, sie werden nur 'mitgezogen' und können über drei Jahre hindurch ganze Klassen - und deren Lehrer - terrorisieren. Auch nach Abschluss der Klasse 9 sind Probleme vorprogrammiert, denn es gibt zu wenige, nicht zum Abitur führende Schulen ab Stufe 10. Es fehlt an berufs- und praxisorientierten Alternativen zum Abitur, denn nicht unbedingt jeder junge Mensch kann/will/sollte ein Hochschulstudium anstreben. Der Andrang auf die Lyzeen als quasi einzige Qualifizierungsmöglichkeit ist dadurch vorprogrammiert, das Niveau des neu eingeführten Zentralabiturs musste deutlich abgesenkt werden.

Roman Giertych ist der erste in der Reihe der vielen Bildungsminister seit 1989, der sich derart mit dem Gewaltproblem an Schulen konfrontiert sieht und er scheint seine Schlussfolgerungen gezogen zu

haben: Angebliche Mängel bei Schülern und Lehrern - im Hinblick auf genügend Nationalbewusstsein, Patriotismus, Religiosität und Gehorsam. In seinen Augen liegt die Schuld beim mit postkommunistischen Seilschaften verbundenen, demotivierten Lehrkörper, dem das rechte Verantwortungsbewusstsein fehlt.

Ideologisierungsversuche des Bildungsressorts

Bislang hat er aber kein erkennbares Gesamtkonzept zur Umgestaltung der Schulen präsentiert. Zunächst sollte der ohnehin weitaus patriotischer als in Deutschland ausgerichtete Lehrplan um ein gesondertes Patriotismusfach erweitert werden und die Beteiligung am Programm „Patriotismus von morgen“ des Kulturministers Kazimierz Ujazdowski (PiS) wurde beschlossen. Bislang ist jedoch nichts Konkretes dazu erlassen worden, außer die teilweise umstrittenen Veränderungen des noch immer überlasteten Lektürekannons im Fach Polnisch oder vom MEN zur Wahl gestellten Lehrbuchlisten für humanistische Schulfächer. Eine Ankündigung jagt die nächste, doch es folgen keine praktisch handhabbaren Ausführungsbestimmungen für die Schulleitungen. Die Stimmung in den Lehrerkollegien ist angespannt, besorgt und kopfschüttelnd wird jede das Schulwesen betreffende Neuigkeit zur Kenntnis genommen. Schülerinnen und Schüler zeigen offen ihre Empörung und äußern immer häufiger auch gegenüber Lehrern ihr Gesprächsbedürfnis über all diese sie selbst betreffenden Verlautbarungen.

Giertychs Grenzen

Doch auch herbe Niederlagen hat Roman Giertych bis heute einstecken müssen: So hatte am 16. Januar 2007 das Verfassungsgericht die Erlässe des studierten Juristen und Bildungsministers zum Abitur für verfassungswidrig erklärt. Dabei ging es in erster Linie um seinen „Abitur-Amnestie-Erlass“ von 2006. Abiturienten, die in einem Fach zwar nach normalen Kriterien durchgefallen waren, aber mindestens 30% „geschafft“ hatten, hatten dennoch die Hochschulreife bekommen. Auch die angeordneten Bewertungskriterien von Abiturfächern auf Grund- und Leistungskursniveau wurden aufgehoben.

Solange PiS mit der Samoobrona und der LPR regieren will, wird Roman Giertych wohl in seinem Amt als „Erster Lehrer“ bleiben. Mit seinem Amt hatte Giertych ein Schlüsselressort übernommen, über welches er die nationalistisch-religiöse Ideolo-

gie seiner Partei, die immer mehr autoritär-theokratische Züge annimmt, bestens umzusetzen beabsichtigt. Bis dies geschehen ist, schickt er seine beiden Töchter lieber auf eine Privatschule in Trägerschaft von Opus Dei.

Gefährlich werden könnten ihm einerseits lang anhaltende, landesweite Massenproteste oder allzu offensichtliche Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppen. Bereits Ende 2006 war er als einstiger Wiederbegründer und später Ehrenvorsitzender der Zwischenkriegsorganisation „Allpolnische Jugend“ (MW) in die Kritik geraten, als

Bilder von MW-Mitgliedern, die in Gesellschaft von Skinhead-Gruppen den Hitlergruß machten, in die Medien kamen. Doch nach mäßigen distanzierenden Erklärungen blieb er dann überraschend doch in der Regierung. Noch eines könnte ihm womöglich schaden: Sollte sein Umgang mit dem DPJW auch künftig ein derart belastender Faktor für die deutsch-polnischen Beziehungen sein, könnten sich die Kaczyński-Brüder irgendwann vielleicht doch gezwungen sehen, die „Notbremse zu ziehen“, indem sie ihm beispielsweise ein anderes Ressort zuteilen. ○

Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit:

„Erinnerung bewahren. Sklaven- und Zwangsarbeiter des Dritten Reiches aus Polen 1939-1945“ Eine Ausstellung vom 8. Mai bis 15. Oktober 2007

Diese Ausstellung erzählt das Schicksal der polnischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in den besetzten und eingegliederten Gebieten Polens sowie in Deutschland. Schautafeln, mit Fotos, Originalobjekten, Biographien und Medienstationen zeigen die „Vernichtung durch Arbeit“ von KZ-Häftlingen, die Ausbeutung der Arbeitskraft von Millionen von Polinnen und Polen. Zwischen 2,5 und 3 Millionen Männer, Frauen und Kinder aus Polen arbeiteten in der deutschen Kriegswirtschaft und in der Landwirtschaft.



Polnische Zwangsarbeiter bei Erdarbeiten für die Firma Erzbergbau AG bei Gitter
Archivum Documentacji Mechanicznej, Warschau

Die Ausstellung schildert mit Themen wie Terror, Rassenpolitik, Umsiedlungen und Germanisierungen auch die Lebensbedingungen der in Polen verbliebenen Menschen unter der brutalen deutschen Besatzungsherrschaft. Mit ihrer Schau wollen die Kuratoren nicht nur die Erinnerung an die Betroffenen und ihr Leiden bewahren. Sie möchten auch über einen folgenreichen Teil der gemeinsamen polnisch-deutschen Geschichte aufklären und damit zum gegenseitigen Verständnis beitragen.

Die von der Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung kuratierte polnische Schau ist eigens für das deutsche Publikum überarbeitet worden. In Zusammenarbeit mit der Stiftung Topographie des Terrors und der Berliner Geschichtswerkstatt e.V. ist so eine aktualisierte deutsche Fassung entstanden. Die Ausstellung wird in Deutschland unter anderem auch in München und Prora auf Rügen zu sehen sein.

Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit veranstaltet ein begleitendes Vortrags-, Lesungs- und Seminarprogramm. Thematische Führungen auch für Schulklassen finden auf Anfrage statt.

Adresse und Kontakt: Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Berlin-Schöneeweide Britzer Straße 5, 12439 Berlin, Tel: 030/63 90 288-0, Fax: 030/63 90 288-29 schoeneuweide@topographie.de

Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10-18 Uhr, Eintritt frei

Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin Schöneeweide, eine Abteilung der Stiftung Topographie des Terrors, eröffnet mit dieser Ausstellung eine Folge internationaler Wechselausstellungen. Sie widmen sich der europäischen Dimension des Themas Zwangsarbeit. ○

Polen kämpfen gegen „Zwangsgermanisierung“

Von Oliver Hinz

Minden/Berlin - Seinen zwölf Jahre alten Sohn hat Miroslaw Kraszewski seit 2004 nicht mehr gesehen. Verantwortlich macht der Duisburger Arzt dafür deutsche Behörden und Gerichte. Sie verboten dem Polen jeden Umgang mit seinem einzigen Kind, das bei Kraszewskis deutscher Exfrau wohnt. Doch mit das Schlimmste für den Vater war: das Amtsgericht und das Jugendamt in Gütersloh verlangten von ihm zuvor, mit dem Sohn bei den wenigen Treffen - unter Aufsicht von Sozialpädagogen - nur noch Deutsch und nicht mehr wie bisher Polnisch zu sprechen. „Die wollen seine polnische Identität auslöschen. Das ist Zwangsgermanisierung“, beschwert sich der 54-jährige Frührentner.

In Polen schlagen solche Fälle unter den Schlagwörtern „Polnisch verboten“ hohe Wellen. Schließlich erinnert sie das an die brutale Unterdrückung ihres Landes durch Bismarck und Hitler im 19. und 20. Jahrhundert. Außenministerin Anna Fotyga von der rechtskonservativen PiS warf deutschen Behörden vor, sie betrieben eine „Assimilierungspolitik“. „Wenn solche Verbote angeblich zum Wohl des Kindes ausgesprochen werden, kann sich dahinter leicht eine ganz bestimmte Politik verbergen. Das darf nicht sein“, mahnte sie vor wenigen Wochen. Das Thema besprach Fotyga bereits mit ihrem deutschen Kollegen Frank-Walter Steinmeier (SPD).

Die Außenministerin nahm sich im Februar auch zwei Stunden Zeit für ein Treffen mit Kraszewski und anderen polnischen Müttern und Vätern in ihrem Ministerium. Sie alle fühlen sich als Diskriminierungsopfer deutscher Jugendämter und Familiengerichte. Seit Jahren kämpfen sie um ihre Kinder und das Recht, mit ihnen Polnisch sprechen zu dürfen. Schon im Oktober debattierte das Parlament, der Sejm, auf Antrag der ultrarechten Regierungspartei Liga Polnischer Familien (LPR) ausführlich über die angebliche Regel, dass nach Scheidungen von deutsch-polnischen Ehen nur die deutschen Exehpartner das Sorgerecht für die Kinder bekommen und Polnisch als Umgangssprache mit den anderen Elternteilen verbieten.

Erste Kritik von EU-Kommission an Jugendämtern

Mit dem Vorwurf der Diskriminierung von Polen in Deutschland muss sich auch die EU befassen. Beim Europäischen Parlament gingen dazu bereits über ein Dutzend Petitionen mit Hunderten von Unterstützungsunterschriften ein. Der Repräsentant der EU-Kommission im Petitionsausschuss, Aristotelis Gawriliadis, kritisierte bei der letzten Sitzung in Brüssel die Ent-

scheidungen deutscher Jugendämter. Einige Artikel sowohl des Unionsrechts als auch der Menschenrechtskonvention „werden - wie es schient - nicht eingehalten, zum Beispiel das Verbot einer Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit“, sagte der griechische Jurist der EU-Kommission.

Bundesregierung: Kein Polnischverbot

Der deutsche EU-Botschafter Wilhelm Schönfelder antwortete schon. Es gebe in Deutschland kein generelles Polnischverbot, wenn Mütter oder Väter ihre Kinder nur in Gegenwart von einem Sozialpädagogen, dem so genannten begleiteten Umgang, treffen dürfen. Allerdings schränkte er ein: Der Behördenvertreter müsse den Dialog zwischen Kind und Mutter oder Vater insbesondere dann verstehen, „wenn zu befürchten ist, dass das Kind verbal unter Druck gesetzt wird“.

Die EU ist die letzte Hoffnung der um ihre Kinder kämpfenden Polen. Vor deutschen Gerichten verloren sie bisher eigentlich immer, manchen von ihnen warfen Gutachter sogar eine „paranoide Persönlichkeitsstörung“ vor. Auch für Kraszewski endete am Freitag erneut ein Prozess schlecht. Das Verwaltungsgericht Minden wies seine Klage auf Polnisch-Unterricht für seinen Sohn ab. Damit setzte sich die Anne-Frank-Schule in Gütersloh durch, die das Fach nicht anbieten will. Schließlich lehne den Polnischunterricht auch die deutsche Mutter ab, bei der das alleinige Sorgerecht für den Schüler liegt, hatte die Schulleiterin gegenüber dem polnischen Fernsehen argumentiert.

Gescheitert ist Kraszewskis Klage allerdings aus rein formalen Gründen, weil er kein Sorgerecht für seinen Sohn hat. Keine Rolle spielte so mehr, dass vor Gericht ein Vertreter des polnischen Generalkonsulats Köln angeboten hatte, einen Polnischlehrer zu stellen und auch zu bezahlen.

Sowohl im Nachbarschaftsvertrag von 1991 als auch im Kulturabkommen von 1997 hatte Deutschland den Schutz und die Förderung der polnischen Sprache zugesagt. Im deutsch-polnischen Kulturabkommen hatten beide Regierungen vereinbart, dass sie sich „nachdrücklich bemühen“, den Unterricht der Sprache des anderen Landes an ihren Schulen und Hochschulen zu fördern (Artikel 4). Das Gericht hatte mangels Sorgerechts des Klägers jedoch nicht darüber zu entscheiden, ob eine Schule verpflichtet sein kann, Polnisch-Unterricht zu erteilen. In Internetforen wurde indes auch gefragt, wie denn wohl in Polen verfahren werde, wenn ein Portugiese für sein Kind Portugiesisch-Unterricht von einer Schule fordern würde.

Hunderttausende Schüler lernen in Polen die deutsche Sprache. Sie liegt nach Englisch auf Platz zwei unter den Fremdsprachen, deutlich vor Russisch und Französisch. In Deutschland wird Polnisch-Unterricht nur von rund 20 Schulen angeboten, vor allem in Brandenburg und Berlin.

SPD: Jugendämtern fehlte Sensibilität

Während der Schulunterricht ein Randthema ist, geht es den polnischen Müttern und Vätern vor allem darum, mit ihren Kindern in ihrer Sprache sprechen zu dürfen. Deutsche Politiker tun sich schwer mit den sehr komplizierten deutsch-polnischen Familiendramen, die längst ein Politikum sind. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Angelica Schwall-Düren, die auch Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft ist, sagte aber: „Mit Sicherheit hat deutschen Jugendämtern in einigen Fällen die notwendige Sensibilität gefehlt. Aber ich verstehe nicht, wie Frau Fotyga aus Einzelfällen eine generelle Assimilierungspolitik ableitet.“

Polnische Botschaft: Kein Massenproblem

Auch die polnische Botschaft in Berlin gibt sich moderat. Polnischverbote seien kein Massenproblem, erklärte Marek Wieruszewski, der für die konsularische Rechtshilfe zuständig ist: „Es sind vereinzelte Fälle, die uns bekannt sind.“ Nach der Intervention seiner Kollegen vom Hamburger Generalkonsulat habe ein dortiges Jugendamt das Polnischverbot schnell wieder aufgehoben. Nun arbeitet das Warschauer Justizministerium am Vorschlag für eine deutsch-polnische Mediatorengruppe für Scheidungskonflikte um Kinder. ○

Offener Brief des Polnischen Sozialrates e.V. zum Interview mit der Polnischen Außenministerin, Anna Fotyga in der FAZ vom 2.2.2007

Sehr geehrte Frau Minister,

in der Ausgabe 28 vom 2.2.2007 hat die Frankfurter Allgemeine Zeitung ein Interview mit Ihnen veröffentlicht. Eine Reihe von Fragestellungen, die sie aufgegriffen haben, deuten darauf hin, dass nicht zum ersten Mal die Informationsquellen, die das Polnische Außenministerium nutzt, sehr zufällig ausgewählt wurden. Sie beziehen sich auf unvollständige und interpretierte Informationen, die wenig zu tun haben mit der realen Situation, und die weit entfernt sind von der Realität. Diese Informationen schaffen ein Bild von der polnischen Minderheit, das für den deutschen Leser nicht verständlich ist. Schon der Begriff der Assimilierungspolitik, den Sie benutzen, kann den deutschen Leser empören, oder im besten Fall verwundern. (...) Einzelfälle, auf die Sie sich berufen, können keinen Beweis für Ihre These sein.

Das wahre Problem für einen Teil der Migranten aus Polen ist der persönliche Druck zur Assimilation, also im Gegensatz zu der von Ihnen benutzten Definition, ein sehr subjektives Gefühl, das keine politischen Absichten oder geplanten Schritte beinhaltet. In der Realität lassen die Lebensbedingungen der polnischen Minderheit in Deutschland (...) viel zu wünschen übrig. Ursache hierfür sind die deutsche Gesetzgebung (das Ausländergesetz) sowie die sog. Integrationspolitik, aber nicht der Vertrag über gutnachbarschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen aus dem Jahr 1991 (unabhängig von seinen Schwächen) oder die Nichteinhaltung der Vereinbarungen durch die deutsche Seite. (...)

In einem demokratischen Staat, (...) haben die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit, ihre Interessen zu vertreten. Diese Möglichkeit wird nur in geringem Umfang von den Migranten aus Polen wahrgenommen. Die Ursachen hierfür sind komplex. (...) Die Anerkennung der Migranten aus Polen als nationale Minderheit ändert überhaupt nichts an ihrer Situation. Ebenso wenig ändert ein größeres Angebot an Polnisch-Sprachkursen die Anzahl an Lernwilligen.

Der Polnische Sozialrat e.V. berät und verteidigt Migranten aus Polen, unabhängig von ihrem Status, ihrer Konfession und ihrer Staatsbürgerschaft, stellt das Vorgehen von Behörden in Frage und nutzt dabei

seine Erfahrungen. Diese Erfahrungen zeigen, dass das Grundproblem im niedrigen gesellschaftlichen Status der Migranten aus Polen liegt. Ursache hierfür ist die hohe Arbeitslosigkeit. Diese ist u. a. ein Ergebnis der Nichterteilung der Arbeitserlaubnis, der Beschäftigung unterhalb ihrer Qualifikationen, da polnische Zeugnisse und Diplome nicht anerkannt wurden, des Mangels an speziellen Beratungsstellen und Informationspunkten, an Integrationsprogrammen, die die Bedürfnisse polnischer Migranten berücksichtigen. (...)

Seit der Möglichkeit des Kontaktes mit den Vertretern der polnischen Exekutive wie Sejm und Senat haben wir uns bemüht, auch ihnen unsere Sichtweise und Beurteilung der Situation darzustellen. Leider haben sowohl die polnische Regierung als auch die Vertreter der "Współnota Polska" (Polnische Organisation für Auslandspolen) die realen Probleme nicht registriert und in Anlehnung an ein sehr traditionelles Bild der "Diaspora" auf die Pflege des "Polentums" gesetzt. Dabei werden Organisationen von Auslandspolen unterstützt, deren Einflussmöglichkeiten auf ihr Umfeld sehr begrenzt sind und von diesem Umfeld nicht wahrgenommen werden. (...) Es entsteht der Eindruck, dass Ihre Aussagen sich ausschließlich auf Informationen und Einschätzungen der o.g. Gruppe beziehen.

1992 haben wir eine Konferenz mit dem Thema: "Polen in Deutschland - Gäste oder Minderheit" organisiert. (...) Damit wollten wir auf die Definition von Minderheiten aufmerksam machen, die nicht der bundesrepublikanischen Realität entspricht, und die auch andere ethnische Gruppen umfassen sollte, die de facto bedeutend zahlreicher sind als die polnische Minderheit.

(...) In der öffentlichen Diskussion erschien [danach - d. Red.] ein bisher vernachlässigtes Thema, nämlich die Anwesenheit einer sehr großen Gruppe polnischer Migranten in Deutschland sowie ein Paradigmenwechsel betreffs der Migration und der Migranten überhaupt.

Unser im Jahr 1982 von polnischen Migranten gegründeter Verein zur Unterstützung von Migranten aus Polen, mit dem Ziel der Erteilung von individueller Hilfe und Verteidigung der Interessen der Migranten, hat über 10 Jahre keine feste Förderung zur Unterstützung seiner Tätigkeit erhalten. (...) Die Professionalisierung unseres Tagesgeschäfts, die gemachten

Erfahrungen und Ergebnisse haben es uns aber ermöglicht, wirksam Fördermittel für unsere Projekte zu beantragen. Die Summe der Fördermittel für unsere zahlreichen Projekte beträgt in den letzten 10 Jahren mehr als 2 500 000 Euro. Diese Summe ist zwar nicht adäquat zu unseren Bedürfnissen (...), aber die Informationen darüber, dass der deutsche Staat keine Mittel für die Entwicklung polnischer Migranten zur Verfügung stellt, sind mit Vorsicht zu genießen.

(...) Gleichzeitig haben wir erfahren, dass das Interesse am Polnisch-Unterricht geringer ist, als das Angebot der Berliner Schulen. Diese Fakten, verbunden mit den o. g. genannten politischen Forderungen, die im Gegensatz zur Realität stehen, bewirken nur den Verlust an Glaubwürdigkeit, leider dann auch gegenüber vollständig begründeten Vorwürfen.

Ihr Interview in der FAZ verbessert nicht die Situation der Migranten aus Polen, sondern bewirkt das Gegenteil. Es verschlechtert das Klima des Zusammenlebens und kann die Verschlechterung des allgemeinen Bildes der Einwanderer aus Polen stärken. Diese kommen aufgrund der Familienzusammenführung bzw. ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit weiterhin in großer Anzahl nach Deutschland. Wenn die Vertreter der polnischen Regierung und alle anderen politischen Kräfte die Verbesserung der Situation der polnischen Migranten anstreben, sollten sie ihre Anstrengungen auf die Unterstützung der Emanzipation sowie Integration konzentrieren und alle Anstrengungen vermeiden, die zu einer "Ghettoisierung" führen, verbunden mit überzogenen Erwartungshaltungen und einem unbegründet übertriebenen Selbstwertgefühl.

Unabhängig davon sollten wir selbst lernen, unsere Interessen innerhalb der partnerschaftlichen Beziehungen mit den hiesigen Institutionen und politischen Kräften zu artikulieren und zu verteidigen. Solange die sog. Auslandspolen (Polonia) und ihre selbsternannten Führer diese Notwendigkeit nicht verstehen, werden alle Anstrengungen von Seiten der polnischen Regierung in Deutschland nur als Versuche zur Instrumentalisierung der Minderheit mit dem Ziel der Realisierung anderer politischer Ziele registriert. Aus unterschiedlichen Gründen - auch historischen - sind wir unzufrieden mit der uns zugeschriebenen Rolle als Objekt und Gegenstand in politischen Auseinandersetzungen.

Witold Kaminski
Vizevorsitzender
des Polnischen Sozialrates e.V.

(Kürzungen durch die Redaktion)

Deutsche und polnische historische Institute

Von Udo Kühn

Seit 1993 gibt es in Warschau ein „Deutsches Historisches Institut“ [DHIW], finanziert von der Bundesrepublik Deutschland. Sozusagen als Pendant wurde 2006 von polnischer Seite ein „Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften“ in Berlin an der Freien Universität feierlich eröffnet.

Das Deutsche Historische Institut in Warschau

Der Gründungsdirektor war Professor Rex Rexheuser. Zur Finanzierung im Gründungsjahr stellte er fest:

„Der Etat beträgt im laufenden Jahr 1,9 Millionen Mark. Das Institut wird schrittweise aufgebaut und soll nach etwa vier Jahren beendet sein. Das DHI Warschau wird wie die Institute in Washington und

„ganz ausgefallenes Unternehmen“ sei und seine Gründung eine „Sternstunde“. 1991 hatten sich der deutsche Bundeskanzler Kohl und der damalige polnische Ministerpräsident Bielecki auf die Einrichtung des Deutschen Historischen Instituts verständigt. Im Frühsommer 1993 war es dann soweit, Rexheuser zog mit einer kleinen Gründungsmannschaft in den Warschauer Kulturpalast ein. (...)

Erst in den achtziger Jahren kam die Idee

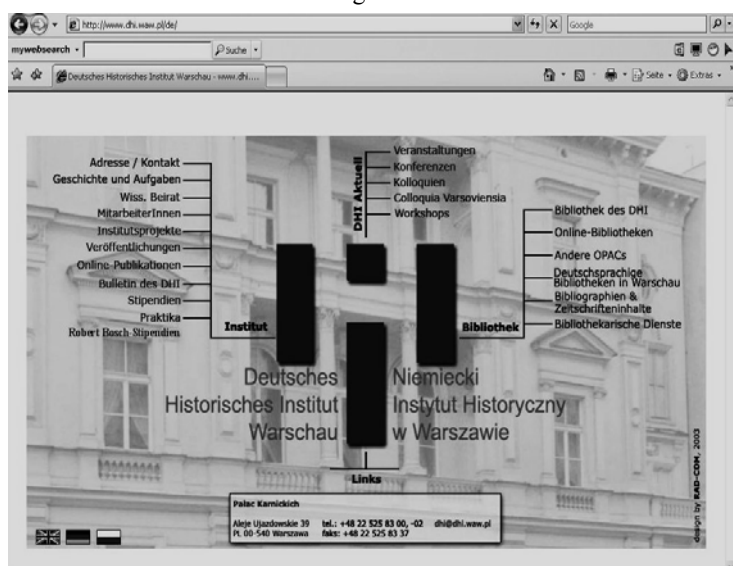
auf, auch in Polen ein Deutsches Historisches Institut einzurichten, nachdem solche bereits in Rom (1968), Paris (1984), London (1975) und Washington (1986) gegründet worden waren. Zur Debatte stand auch Moskau. Das für Warschau ausschlaggebende war schließlich die Fülle und

in keiner westlichen Sprache zugänglich waren, auf Deutsch erscheinen. „So etwas wie eine Fortsetzung der polnischen Bibliothek bei Suhrkamp“ nennt Robert Traba dieses Projekt. Traba, der einzige polnische Historiker am Institut, hat gerade ein Buch des Göttinger Kollegen Hartmut Boockmann über den Deutschen Orden ins Polnische übersetzt...“⁶²

Aus dem aktuellen Bulletin Nr. 13 des DHIW geht für das vergangene Berichtsjahr hervor, dass im Rahmen der deutschsprachigen Reihe „Klio ...“ die Ausgabe 7 mit dem Titel „Ungleiche Freundschaft. Klientelbeziehungen von der Antike bis zur Gegenwart“ von Antoni Maczak und in der polnischsprachigen Reihe die Ausgabe 12 mit dem Titel „Das jüdische Projekt der Moderne“ von Shulamit Volkov erschienen ist.

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, alle weiteren Aktivitäten des Instituts aus dem Berichtszeitraum 2005/2006 zu beschreiben. Das reicht von mehreren Konferenzen, öffentlichen Vorträgen, Kolloquien und Podiumsdiskussionen, die durchgeführt wurden, bis zu einer Reihe von Forschungsprojekten und zum Institutsprojekt mit dem Titel „Auftakt zum Vernichtungskrieg. Der deutsche Überfall auf Polen 1939“. Hierzu schreibt der heutige Instituts-Direktor, Professor Dr. Karl Ziemer, in seinem Vorwort zum aktuellen Bulletin:

„dass der Zweite Weltkrieg und die deutsche Besatzungspolitik in Polen auch weiterhin einen Schwerpunkt der Forschungs- und Publikationstätigkeit des Instituts bilden. Diesem Schwerpunkt war auch das Institutsprojekt zur Rolle der Wehrmacht in Polen 1939 gewidmet, das Jochen Böhrler durchgeführt und im Berichtszeitraum abgeschlossen hat. Konzipiert aus rein heuristischen Gründen, nämlich um die ‚weißen Flecken‘ zur Rolle der Wehrmacht in Polen im September und Oktober 1939 zu beseitigen, hat es in der Zwischenzeit



Die Internetseite des Deutschen Historischen Instituts www.dhi.waw.pl

London von der privatrechtlichen 'Stiftung Deutsche Historische Institute im Ausland' getragen“⁶¹

Am 11. Juli 1994 meldete Die Welt: „Deutsches Institut nahm in Warschau seine Arbeit auf (...) Das Institut soll, so Direktor Rex Rexheuser, vor allem deutschen Historikern, die sich mit der Geschichte Polens oder der deutsch-polnischen Beziehungen beschäftigen, Forschungsvorhaben in Polen ermöglichen“.

(dpa) Fünf Jahre später können wir in einem Zwischenbericht lesen: „In diesem Sommer (1998) läuft Rexheusers fünfjährige Amtszeit ab. Resümierend spricht der habilitierte Osteuropahistoriker davon, dass das Institut wissenschaftsgeschichtlich ein

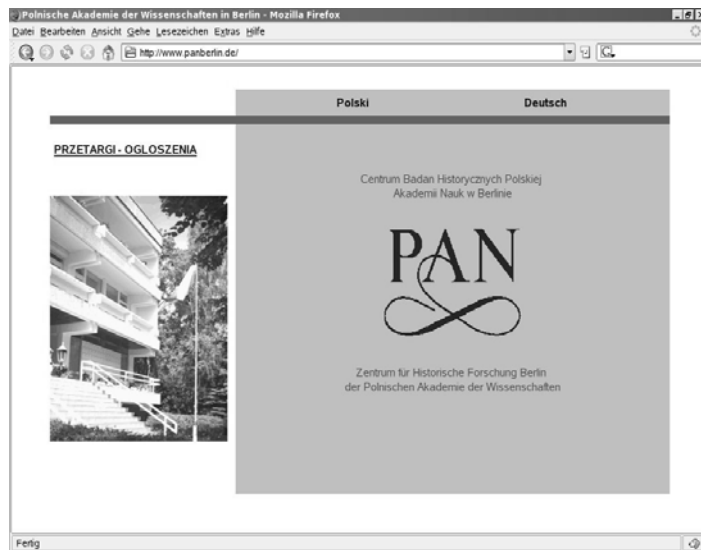
Intensität der Beziehungen zwischen polnischen und deutschen Historikern.

Drei Frauen und fünf Männer forschen am Institut über einen Zeitraum der polnischen Geschichte, der sich vom 14. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg dehnt. „Polnisch“ bedeutet dabei, ein weites historisches Feld zu bearbeiten, das bis nach Kurland und Lettland, nach Ostpreußen und Litauen hineinragt und dessen Akteure Juden und Weißrussen, Deutsche und Schweden, Adlige und Bauern sind. Neben dem Forschungs- und Konferenzbetrieb ist auch Platz da für Neues. „Klio in Polen“ heißt eine am Institut ersonnene Publikationsreihe, in der bedeutende Werke der polnischen Geschichtsschreibung, die bisher

Deutsches Historisches Institut Warschau / Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie
Palac Karnickich - Aleje Ujazdowskie 39
PL 00-540 Warszawa.
www.dhi.waw.pl
dhi@dhi.waw.pl

noch eine andere Bedeutung erhalten. Es kann geradezu als Gegenbeleg für die in der polnischen Publizistik bisweilen anzutreffende Behauptung angeführt werden, dass in Deutschland die Geschichte des

September/Oktober 1939' auf. Sie wird weiterhin in Polen und in Deutschland gezeigt. Seit September 2005 liegt zur deutschen Fassung der Ausstellung auch ein 145 Seiten starker Katalog vor...



Die Internetseite des Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften
www.panberlin.de

Zweiten Weltkriegs umgeschrieben werden und aus Tätern Opfer gemacht würden. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die große Beachtung, die das Buch in Deutschland nicht nur in der Fachöffentlichkeit gefunden hat, und die für eine Dissertation ungewöhnlich hohen Verkaufszahlen. Gefreut hat uns, dass die Bundeszentrale für politische Bildung in einer Lizenzausgabe 6000 Exemplare zugedruckt hat, so dass nun auch Multiplikatoren der politischen Bildung, in erster Linie Lehrer und Journalisten, mit diesem Band werden arbeiten können.

Auf dem Institutsprojekt baut auch die vom DHI Warschau und dem polnischen Institut des Nationalen Gedenkens organisierte Wanderausstellung 'Größte Härte... Verbrechen der Wehrmacht in Polen

fremden Servern, die über einen Hyperlink direkt aus dem Katalog aufgerufen werden können (3 bibliographische und Volltextdatenbanken; 13 e-Books und e-Journale)...

... In der Berichtsperiode konnte... zusätzlicher Stellplatz für ca. 27.000 Bände der Bibliothek am Institutssitz gefunden werden...

Das Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Die eigentliche Gründung des „Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften“ war am 11. Oktober 2006. Wie aus einem Interview³ mit Robert Traba, dem Direktor (und früheren Mitarbeiter des DHIW) des in Berlin neu gegründeten Zentrums hervorgeht, ist dieses aus dem Berliner Wissenschaftlichen Zentrum der Polnischen Akademie der Wissenschaften umgewandelt worden. Die Trägerin ist die Polnische Akademie der Wissenschaften.

Anlässlich der Übergabe der Gründungsurkunde am 23. November 2006 im Hörsaal 1 der Freien Universität Berlin (FU) wurde Robert Traba zum Honorarprofessor der FU ernannt. Die Veranstaltung war sehr gut besucht, was beweist, dass die „Gemeinde der Deutsch-Polnischen Freundschaft“ trotz aller aktuellen pessimistischen Einschätzungen in den „höheren politischen Regionen“ wächst und gedeiht.

Robert Traba (geb. 1958), ist Professor für Geschichte, Kulturwissenschaftler und Dozent am Institut für politische Studien an der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin (www.panberlin.de). Im Jahre 2004 wurde Robert Traba mit dem Deutsch-Polnischen Preis ausgezeichnet. Professor Dr. Robert Traba sagte in seiner Antrittsansprache:

„Im heutigen Europa wird der kulturelle Raum des Dialogs vor allem durch das Verhältnis zur eigenen nationalen Erinnerung und den Prozess des Verstehens der Erinnerung ‚anderer‘, insbesondere unserer Nachbarn, definiert. Diese Dialoge der Erinnerung sind schwierig und nicht selten werden sie zu Monologen, die mit dem Ziel der Erreichung kurzfristiger politischer Ziele geführt werden. Der eigentliche Sinn eines solchen bilateralen Dialogs beruht auf dem Verlassen des Kreises der eigenen Tragödie und einer kritischen Selbstreflexion der eigenen kollektiven Erfahrungen. Das Wesen der europäischen Erinnerung, auch der Erinnerung der Polen und der Deutschen, soll - meiner Meinung nach - auf einer Mehrdeutigkeit der Gedächtnisse und nicht auf Eindeutigkeiten beruhen.“

Eine Reihe von Grußworten und Ansprachen begleiteten die Veranstaltung, so zum Beispiel von Bundespräsident a.D., Dr. Richard von Weizsäcker und des ehemaligen Außenministers der Republik Polen, Professor Władysław Bartoszewski. Besonders letzterer erzielte mit seinen Worten großen Beifall aus dem Publikum. Umrahmt wurde das alles mit einer sehr beeindruckenden Jazzimpression polnischer Musiker.

In diesem Jahr plant das „Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften“ u.a. folgende Forschungsvorhaben:

- Strategien der Geschichtspolitik in Deutschland, Polen und Frankreich in den Jahren 1945-2007
- Preußen - Begriff und historische Bedeutung von Polens westlichem Nachbarn
- Orte des Zweiten Weltkrieges in der Erinnerung und der zeithistorischen Forschung. Wir wünschen nun der neuen Einrichtung nach dem guten Start ein erfolgreiches Arbeiten und eine gute Resonanz. ○

1 Aus DIALOG, September 1993

2 Aschenbrenner, Cord: Klio in Polen; aus: Neue Zürcher Zeitung vom 11. August 1998

3 Das Interview wurde in DIALOG Nr. 76 (2006) veröffentlicht.

**Zentrum für Historische
Forschung Berlin der
Polnischen Akademie der
Wissenschaften / Centrum
Badań Historycznych
Polskiej Akademii Nauk
w Berlinie
Majakowskiring 47
D 13156 Berlin
www.panberlin.de
wiss.zentrum@panberlin.de**

So nah und doch so fern

Erste Eindrücke im Nachbarland

Von Sven Liese

Sven Liese (21) aus Frankfurt (Oder) absolviert zur Zeit ein Freiwilliges Soziales Jahr anstelle des Zivildienstes in Lublin, Polen. Von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) wurde er von September 2006 bis August 2007 dorthin entsendet und ist sowohl im Staatlichen Museum Majdanek als auch im Kulturzentrum Oeoredk Brama Grodzka - Teatr NN tätig.

So nah und doch so fern

„Was willst du in Lublin?“ - diese Frage ist mir auf meinem Weg zum Freiwilligenjahr oft begegnet. Aber nicht nur meine Landsleute ließen sich zu einer solchen, fast schon erschreckend vorbehaltsbehafteten Äußerung hinreißen. In ihren Stimmen schwingen ein bisschen Abneigung und Unverständnis mit. Erstaunlicherweise lässt diese Frage aber auch in Polen nicht lange auf sich warten, wenn man Einheimischen begegnet. Lublin, die 350.000 Einwohner zählende Studentenstadt 165 km südöstlich von Warschau, zählt unter vielen Polen schon zur östlichen Provinz.

„Mein Freiwilligendienst führt mich hierher“, antworte ich kurz. Obwohl verschiedene Projekte in über 10 Ländern zur Auswahl standen, übte Polen allgemein eine ganz besondere Anziehung auf mich aus. Anfangs war die Erkundung des Nachbarlandes, ähnlich wie in jedem unbekanntem Gebiet, lediglich „ein großes Abenteuer“. Es galt das „Neue“, das „Unbekannte“ zu entdecken. Mittlerweile lebe ich aber bereits seit dreieinhalb Monaten hier und trotzdem fühle es sich noch an wie zu Beginn - als befände ich mich in einer anderen Welt.

Diese Frage lässt sich wahrlich schwer pauschal beantworten. Ein besonderer Reiz ist die räumliche Nähe und gleichzeitig dieser riesige Unterschied in kulturellen und gesellschaftlichen Fragen. Für mich war und ist es faszinierend zu wissen, dass ich in ein Nachbarland reise, mich aber so fühle, als sei ich Tausende von Kilometern gefahren, um eine andere Kultur und seine Menschen kennen zu lernen.

Bevor ich die Reise gen Osten antrat, hatte ich arge Bedenken, ob es denn überhaupt möglich sei, die polnische Sprache, die sich für meine Begriffe eher nach „Zungenkrankheit“ als nach Kommunikationsmittel anhörte, zu erlernen. Schließlich ist die Sprache eine Grundvoraussetzung, um sich in einem fremden Land gut zurecht zu finden. Inzwischen, mit ein wenig Kenntnis und Verständnis, empfinde ich Polnisch

aber als sehr melodisch und weich. Manchmal bilde ich mir sogar ein, ein paar französische Klänge herauszuhören. Aber nicht nur an die Sprache musste ich mich gewöhnen. Ebenso erging es mir bei anderen alltäglichen Dingen, die ich anfangs als komisch empfand. Doch die Sichtweisen ändern sich, der Mensch ist schließlich ein „Gewohnheitstier“. Ängste und Vorbehalte wandeln sich oder verschwinden gar, dennoch treten immer wieder Kuriositäten zu Tage.



Gemeinsam in einer Lubliner Kneipe
Fotos: Sven Liese

Polen - das ist Glaube, Tradition und Stolz. Polen - das ist aber im gleichen Atemzug auch Dynamik, es ist Ungezwungenheit und Leben. Hier ist der Geist des schnellen Wandels spürbar, hier treffen Vergangenheit und Zukunft für jeden sichtbar in kleinsten Dingen des Alltags zusammen. Ich komme mir manchmal vor, als würde ich kleine Zeitreisen unternehmen. Soeben fuhr ich noch mit einem 30 Jahre alten Ikarus-Bus und jetzt stehe ich bereits in einem Hypermarché, der mit „westlichen Standards prahlt“. Auch ist es erstaunlich, wie viele ausländische Einflüsse sich in Polen wieder finden, obwohl die Tradition einen sehr hohen Stellenwert besitzt. Wie weithin bekannt ist, ist Polen ein sehr katholisches Land. Die Religion bildet eine der Grundfesten für die meisten der Menschen hier und das ist im Alltag sehr präsent. Das Stadtbild ist geprägt von den vielen Kirchen, Klöstern und der Kathedrale. Wohlgermerkt werden diese alle noch

genutzt und sind zu den Messen gut besucht. Tagtäglich herrscht nach Arbeitschluss auf dem Parkplatz vor der Kathedrale ein kleines Chaos, denn sehr viele Leute zieht es zum Gebet dorthin. In der Innenstadt findet man ganze Läden voll mit Ikonen und Marienstatuen, Papstabbildern (vor allem von Johannes Paul II., aber auch von Benedikt XVI.) und allen nur erdenklichen Artikeln. Hier in Lublin ist es auch ganz normal, Nonnen in der Fußgängerzone oder im Bus zu begegnen.

Die Bedeutung der katholischen Feste ist enorm; Allerheiligen und Weihnachten mitzufeiern, ist für Außenstehende schon ein Erlebnis. Dennoch sind auch in den „Tiefen der Tradition“ schon fremdländische Spuren erkennbar. Der Christbaum glitzert bunt und blinkt etwas kitschig vor sich her. Hier und da sind auch ‘Stockings’ an den heimischen Kaminen zu finden. Amerika scheint sehr nah. Gleiches trifft zu, sobald man die Tageszeitung aufschlägt oder einen Blick auf Fahrbahnmarkierungen wirft.

Sogar in Sachen Einkauf im Supermarkt ist eine Europareise möglich: ob im Leclerc (französisch), Tesco (englisch), Lidl (deutsch) oder dem einheimischen Biedronka, um nur Beispiele zu nennen. Wer die Wahl hat, hat die Qual.

Immer wieder faszinierend für mich ist die polnische Herzlichkeit und Lebensfreude. Es ist sehr angenehm, die Gastfreundschaft der Leute hier zu erfahren. Außerdem sind sie sehr geschickt darin, das Beste aus den jeweils herrschenden Umständen zu machen und das Leben „wirklich zu leben“. Es ist weniger wichtig, dass alles genau und korrekt nach Maß ist; Hauptsache ist eben, dass es funktioniert. Polen sind Künstler im Improvisieren und oft werden Improvisationen dann einfach zum Dauerzustand.

Es gibt viele Beispiele, die dieses Lebensverständnis widerspiegeln. Ob der Bus kommt oder nicht und wann er kommt, liegt oft in der Gunst des Fahrers. Fahrpläne sind manchmal wie Lotteriescheine, man weiß nie, welche Zahl denn richtig ist. „Des Deutschen liebstes Kind“, das Auto, wird hier vielmehr als Nutzgegenstand gesehen und dementsprechend nicht ganz so „sanft gestreichelt“. Auf mich machen die Polen einen fröhlichen Eindruck, man kann ihnen vieles verwehren, aber der Frohsinn ist unantastbar. Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Polen es mögen, zunächst stets über alles zu klagen, was sie finden, und ihr Leid darstellen müssen.

Es ist diese Art zu Leben, es sind die Leute, die mich hierher verschlagen haben. Dies

alles selbst zu erfahren, das ist das Besondere. Und Lublin ist eine wunderbare Stadt für solche Erlebnisse, typisch polnisch ist's eben vor allem in der 'Provinz'.

(Dezember '06)

Annäherung in der Ferne

Der zweite Blick auf die Geschehnisse

Für gewöhnlich begründet sich die Fremde in einem anderen als dem Heimatland auf der Tatsache, dass wir es einfach nicht gewohnt sind, gewisse Dinge anders zu tun oder zu betrachten, wie wir das eben von zu Hause aus kennen. Fahre ich also voreingenommen in ein anderes Land, um die Geschehnisse dort als merkwürdig, wenn auch interessant zu beschreiben oder lebe ich vielleicht selbst zu komisch für die



Bigos bei Kasia

Menschen dort? Möglicherweise aber reise ich mit der Einstellung in die Ferne, dem Neuen sehr offen entgegenzutreten, doch selbst dann braucht es wahrscheinlich dafür etwas Eingewöhnungszeit.

Letztere habe ich bereits hinter mir, und so habe ich für mich den Eindruck gewonnen, mittlerweile ein Teil der Gesellschaft zu sein und nicht umgekehrt. Zu Beginn meines Dienstes war ich ein „Außenstehender“, was nur normal ist, wenn man in einer komplett neuen Umgebung ankommt und sich zunächst einmal „integrieren“ muss. Es steht außer Frage, dass man mich hier sehr herzlich empfangen hat und im Folgenden versucht wurde, mir die Gewöhnung an die neue Lebenssituation so angenehm wie möglich zu machen. An beiden Arbeitsstellen, sowohl im Staatlichen Museum Majdanek als auch im Kulturzentrum Ocerodek Brama Grodzka wurde ich von meinen Betreuern sehr gut umsorgt. Wir konnten uns auf Deutsch oder Englisch verständigen und so lief alles problemlos und vertraut ab. Doch mit den meisten anderen Mitarbeitern, die überwiegend Polnisch sprachen, gab es Schwierigkeiten in der Kommunikation, was natürlich eine Barriere zwischen uns darstellte. Auch kam es so, dass ich mir in der Freizeit zunächst einen Kreis von anderen deutschsprachigen Freiwilligen und Studenten suchte. So ent-

stand quasi eine „eigene kleine Gemeinde“, ein „Ersatz-Zuhause“ sozusagen, was aber nicht wirklich zur Integration beitrug.

Im Verlauf der nächsten Monate, als das „erste Abtasten“ durch „weiteres Vortasten“ abgelöst wurde, ließ sich fortan auch ein kontinuierlicher Prozess der Weiterentwicklung und Anpassung an die Gegebenheiten beobachten. Eine zentrale Rolle spielten in meinem Falle die Vermieter, die, obwohl im besten Wissen, dass die Gespräche mit mir anstrengend werden würden, da sie, wenn überhaupt nur wortweise Deutsch mit einstreuen konnten, ich umgekehrt aber nur mit polnischen Brocken dienen konnte, nie Anzeichen gemacht haben, die Unterhaltungen zu beenden, sondern immer geduldig und entgegenkommend zur Stelle waren. Eine erste überwältigende Erfahrung dabei war, dass es durchaus möglich ist, sich mit Händen und Füßen zu verständigen. Außerdem waren diese Treffen sehr hilfreich, die Hemmnisse abzubauen, welche oft vorhanden sind, wenn eine Sprache noch nicht richtig beherrscht wird. Ohne Bedenken, ob die Grammatik eventuell falsch ist oder andere womöglich belustigende Dinge wie merkwürdige Aussprache o.ä. zu Tage treten könnten, traute ich mich zu sprechen.

Das wachsende Wissen und vor allem Anwenden der Sprache eröffnete mir immer neue Möglichkeiten. Nicht nur der alltägliche Einkauf im Laden gegenüber wurde angenehmer, auch der Kontakt zu Polen kam einfacher zu Stande. Überhaupt ist es stets wieder erstaunlich, wie sehr verwundert und überrascht die Polen darüber sind, wenn jemand versucht ihre Sprache zu lernen oder sogar Polnisch spricht. Auf die Nachfrage hin, was daran so komisch sei, ist meist die Antwort, dass Polen relativ klein und unbedeutend sei und warum man deshalb nicht besser Spanisch oder Französisch lerne? Für viele Polen ist es absolut selbstverständlich Deutsch zu lernen und sich so auf die Zukunft vorzubereiten. Man orientiert sich in Richtung westliche Welt, im Gegenzug wird hingegen nichts dergleichen von uns Nachbarn erwartet. Umso größer ist dann die Freude darüber, dass es junge Menschen gibt, die sich für ihr Land sowie ihre Kultur interessieren und Polnisch lernen.

Die Bereitschaft dabei zu helfen ist sehr groß. Im privaten Kreise war es kein Problem, sich spontan am Nachmittag in einem der vielen Cafés und Kneipen der Altstadt auf einen Cappuccino oder ein Bier zu verabreden. Weiterhin fand ich es sehr angenehm, mit deutschen und polnischen Freunden Koch- und Spieleabende zu veranstalten und somit gleichzeitig zwanglos meine Polnischkenntnisse anzuwenden und

zu erweitern. Auf diese Weise entstanden tandemähnliche Situationen, ganz automatisch.

Auch auf der Arbeit war die Verständigung anfangs mehr als holprig. Dennoch erfuhr ich Unterstützung, als ich beispielsweise in der Zeitung stöberte, auch wenn uns allen bewusst war, dass ich (noch) keine Möglichkeit hatte, die Artikel auch nur zur Hälfte zu verstehen. Wörter, die mich interessierten, wurden mir aber geduldig erklärt, in welcher Form auch immer das möglich war - Sprache, Hände, Füße, Zeichnungen. Durch Äußerungen wie „Siehst du, soviel verstehst du schon!“ oder „Du sprichst schon sehr gut.“ wurde mir weiter Mut gemacht, auch wenn mir klar war, dass es sich das eine oder andere Mal



Lublin bei Nacht

um reine Höflichkeit handelte. Die lockere Atmosphäre und Bemerkungen der Sekretärin gegenüber den Mitarbeitern, wie „ich läse jeden Morgen die Zeitung und ich könne bereits nahezu perfekt Polnisch“ motivierten ungemein und machten Spaß. Außerdem förderten sie die Integration, da ich so auch mit vielen Mitarbeiter, die ich sonst kaum sah, ins Gespräch kam.

Inzwischen kann ich mich ganz gut auf Polnisch verständigen und wage den nächsten Schritt: Das Land selbst zu erkunden. Viele Facetten des Lebens „erfährt“ man im wahrsten Sinne des Wortes - unterwegs. Die spontane Begegnung mit Einheimischen aus jeglichen Regionen, das Entdecken anderer Städte und Dörfer, der Touristenstätten und abgelegenen Orte fördern Verständnis, Toleranz und Identifikation. Ich verstehe die Zeitungsartikel zwar auch jetzt noch nicht vollständig und der Inhalt ist für mich oft noch ein Buch mit sieben Siegeln, aber immerhin kann ich doch ab und zu schon aus einigen Sätzen sinnvolle Informationen entnehmen. Und wenn ich nach einem halben Jahr fünfzig Prozent der Worte deuten kann, so macht das zumindest Mut, im kommenden halben Jahr die anderen fünfzig Prozent in Angriff zu nehmen! Ich denke ich habe meinen Platz in der Gesellschaft gefunden und fühle mich wohl hier!

(Februar 07) ○

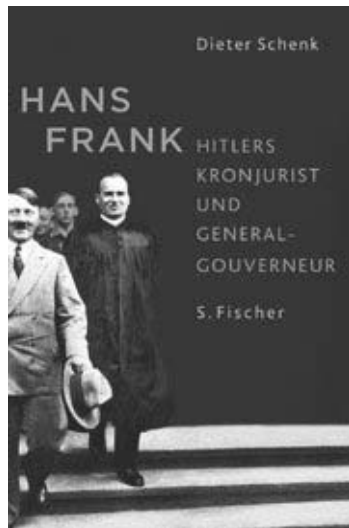
Der „König von Polen“

Von Heiner Lichtenstein

In diesen Tagen sind 60 Jahre seit der Verkündung der Urteile im ersten Nürnberger Prozess gegen 22 Führungsfunktionäre des NS - Regimes vergangen. Zu den zum Tode verurteilten Angeklagten gehörte Hans Frank. Über ihn ist in der Öffentlichkeit relativ wenig bekannt. Gut, Fachleute wissen, dass Frank Generalgouverneur im besetzten Polen war, auf der alten prachtvollen Burg hoch über Krakau wie ein „König“ mit einer eigenen Regierung und einem großen „Hofstaat“ residierte. Warum er aber zu Recht am Galgen endete, das konnten selbst an der NS - Geschichte interessierte Laien nur vage sagen.

Diese Lücke hat nun Dieter Schenk geschlossen, Jg.1937 und seit 1998 Honorarprofessor im polnischen Łódź, Autor etlicher Bücher über die NS - Zeit und Träger des Fritz - Bauer - Preises der Humanistischen Union. Bei dieser Vorgeschichte und dem Thema seines neuesten Buches erübrigt sich fast die Frage nach dem Verlag. Es ist selbstverständlich der S. Fischer - Verlag in Frankfurt am Main mit seinem verdienten Lektor Walter H. Pehle, ohne dessen hunderte von Büchern über die zwölf braunen Jahre vieles nicht aufgedeckt worden wäre.

Frank, 1900 in Karlsruhe geboren, studierte Jura und wurde schon in den 20er Jahren Hitlers Rechtsbeistand. Als Mitglied der Nazi - Fraktion im Reichstag machte er Karriere, Hitler holte ihn



in seine erste Regierung als Minister ohne Geschäftsbereich und schickte ihn nach der Unterwerfung Polens im September 1939 als Generalgouverneur nach Polen. Frank wollte sich in Warschau niederlassen, was aber Hitler verbot. Die polnische Hauptstadt sollte verrotten und nach den grauenhaften Zerstörungen durch die deutsche Luftwaffe nie mehr aufgebaut werden. Deshalb wich Frank in die alte unzerstörte Königsstadt Krakau im südlichen Polen aus. Dort errichtete Hans Frank mit seiner Regierung ein Regime, das mit vier Begriffen beschrieben werden kann: Terror, Ausbeutung, Raub und Mord.

In einem Interview mit der NS - Zeitung „Völkischer Beobachter“ am 12. Februar 1940 sagte er über sein Regime: „Wenn ich für je sieben erschossene Polen ein Plakat aushängen lassen wollte, dann würden die Wälder Polens nicht ausreichen, das Papier herzustellen für solche Plakate“ (S. 158). Frank musste auf Befehl Hermann Görings

schon im Sommer 1940 dafür sorgen, dass mindestens eine Million Polen als Zwangsarbeiter nach Deutschland deportiert wurden. In ganz Polen stahlen seine Mitarbeiter wertvollste Gemälde und brachten sie entweder auf das Schloss oder in Franks Dienstvilla in der Nähe von Krakau. Seine Greifer verhafteten u. a. Schüler in Schulen und verschleppten sie ins Deutsche Reich. Die Eltern erfuhren nichts davon (S. 211). Brigitte Frank, die Ehefrau des Generalgouverneurs, liebte Luxus und bereicherte sich hemmungslos. Sie raffte Dutzende von Pelzen zusammen, erzwang beim Einkauf hohe Rabatte und besaß schließlich 300 Paar Schuhe. Frank blieb bis Mitte Januar 1945 in Krakau, floh dann nach Bayern und wurde im Mai 1945 von US - Truppen festgenommen.

Über mehrere Stationen kam er schließlich ins Nürnberger Gefängnis. Dort konvertierte er zum katholischen Glauben, zeigte Reue wegen seiner Verbrechen, wurde zum Tode verurteilt und am 16. Oktober 1946 gehängt. Brigitte Frank musste sich vor einer Entnazifizierungskammer verantworten und starb 1959 völlig verarmt.

Dieter Schenk hat ein spannendes, gut dokumentiertes Buch geschrieben. Einzelne persönliche Bemerkungen wie der Hinweis, Frank sei schließlich so gestorben, wie er mit den Polen umzugehen gedachte (Genick brechen), sind überflüssig und dass „vorprogrammieren“ ein Pleonasmus ist, weil ein Programm immer in die Zukunft weist (S. 163), hätte dem Verlag auffallen müssen. Aber insgesamt eine empfehlenswerte Biographie. ○

Dieter Schenk: Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur. S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M., 2006, 485 S., 22, 90 Euro

Polnischsprachkurs

Chcesz sie tandemowaæ? Willst du dein Polnisch vertiefen und mit Leben füllen, während du einen Monat mit polnischen Studenten verbringst?

Gemeinsam mit ihrer Partnerorganisation GFPS-Polska veranstaltet die GFPS e.V. zum dreizehnten Mal einen Tandemsprachkurs, bei dem 18 Polinnen und Polen und 18 Deutsche die jeweils andere Sprache lernen. Vormittags findet professioneller Sprachunterricht statt, nachmittags treffen wir uns zum Tandem in deutsch-polnischen Zweiergruppen. Das Freizeitprogramm und das Zusammenleben mit Muttersprachlern tragen zum Verfestigen des Gelernten und zum Ausbau deiner Sprachfertigkeiten bei, so dass sich dein Polnisch spürbar verbessern wird!

Die Teilnahme an dem Kurs beträgt 420,- €.

Darin sind enthalten:

- 100 Stunden Unterricht von erfahrenen Lehrkräften auf zwei verschiedenen Sprachniveaus (inkl. Lehrmaterialien)
- vier Wochen Unterkunft und Verpflegung - In Polen gibt es Vollverpflegung, in Deutschland kochen wir selbst.
- Bustransfer von Polen nach Deutschland
- Exkursionen nach Toruń, Poznań, Dresden, Meißen und Leipzig, ein umfangreiches Kultur- und Freizeitprogramm, eine Gruppen-Unfallversicherung.

Der Tandemkurs kann von uns nur deshalb so günstig angeboten werden, da er vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk finanziell unterstützt wird. Dadurch ist der Kurs für alle ein Teilstipendium.

Frühentschlossene können sich bereits jetzt bewerben!

Anmeldeschluss ist der 1. Juni 2007.

Deine Bewerbung muss enthalten:

- Lebenslauf (kurz und tabellarisch)
- Kurzes Motivationsschreiben für die Teilnahme am Kurs
- Nachweis über deine Polnischkenntnisse (etwa in Form eines Sprachzeugnisses oder eines selbstverfassten polnischen Textes)

Weitere Infos gibt es unter www.gfps.org/tandem und bei:

Ina Waldhelm
Sievekingsallee 159b
22111 Hamburg
E-Mail: tandem@gfps.org

Ein Kleid aus Warschau

Von Daniela Fuchs

Abseits des Berlinale-Trubels und ohne roten Teppich hatte eine deutsch-polnische Koproduktion junger Filmemacher Premiere. Die Aufführung fand in einem Kino statt, das zum Scheunenviertel gehört, wo vor 1933 in Berlin jüdisches Leben pulsierte. Im Vorspann des Films sieht der Zuschauer alte Fotos. Diese Fotos sind authentisch und wurden 1995 in einem ehemaligen Passauer Fotoatelier gefunden. Der Neue Presse Verlag Passau hat sie gekauft und 2005 dem Staatsarchiv Warschau geschenkt. Sie wurden von Wehrmachtangehörigen 1939 bei ihrem Einmarsch in Warschau gemacht und zeigen die noch unzerstörten Straßen und Plätze der polnischen Hauptstadt, aber auch die später ausgelöschte Welt der polnischen Juden. Inspiriert von diesem Fund entwickelte die Schriftstellerin Esther Dischereit zusammen mit dem polnischen Regisseur Michał Ołowski ein Drehbuch in deutscher und polnischer Sprache. Fördermittel aus beiden Ländern ermöglichten letztendlich die Spielfilmproduktion. Die Story ist schnell erzählt: Ein alter Mann betrachtet diese Fotos, die er verkaufen möchte, um

die Hypothek für sein Haus zu tilgen. Dabei fällt sein Blick immer wieder auf ein Bild mit einer jungen hübschen Frau in einem Sommerkleid. Seine Enkelin Agnes

es wird der Phantasie der Zuschauer überlassen, sich vorzustellen, welche Schuld und Verantwortung Joachim als Wehrmachtssoldat in Warschau auf sich geladen hat. Es sind eher verdrängte Bilder im Kopf, die wieder bei Joachim ins Bewusstsein gelangen. Die junge Frau, eine polnische Jüdin ist nur in kurzen Rückblenden zu sehen. Sie stirbt durch ein deutsches Erschießungskommando. Die Fragen nach Schuld und Verantwortung auch in der heutigen Zeit ziehen sich wie ein roter Faden durch den Film. Sie entlässt auch die folgenden Generationen nicht aus ihrer Verantwortung. Ein junger Mann versucht, Joachims Fotos zu verkaufen. Die Bilder sind sorgfältig sortiert. Die erschütternden Bilder aus dem Warschauer Ghetto werden einer jüdischen Journalistin angeboten und die anderen Bilder mit dem noch schön anzusehenden unzerstörten Warschau sollen einen anderen Käufer finden. Agnes, die sich ein Kleid nähren ließ wie die junge Frau auf dem Foto, erkennt, dass sie eigentlich über Polen nichts weiß, obwohl es das Nachbarland ist. Der Film wirft Fragen auf, die bleiben, denn Fotoalben mit Bildern von Großvätern und Urgroßvätern in Wehrmachtuniformen gibt es in den meisten deutschen Familien. ○



kommt hinzu und beginnt zaghaft und auch etwas naiv, Fragen nach der Herkunft der Bilder und der jungen Frau zu stellen. Die Antworten des Großvaters Joachim, der die Fotos gemacht hat, sind eher einsilbig und

Anmerkungen zu POLEN und wir 1/2007

(1) Forster über Treblinka:

(1.1) „Ein im Nebenraum installierter Dieselmotor erzeugte das Giftgas Kohlenmonoxid, das in die Gaskammern eingeleitet wurde.“ Ein Fehler, der auf einer Zeugenaussage nach dem Kriege basiert, sich hartnäckig hält und von Autor zu Autor weiter gegeben wird. Tatsache ist, dass Dieselmotoren mit einem Überschuss an Luft arbeiten, also sehr wenig CO erzeugen. Es ist zwar prinzipiell möglich, den CO-Ausstoß eines Dieselmotors zu steigern, aber auch dann nur geringfügig. Wer sich mit seinem Mercedes-Diesel in der Garage vergiften will, sollte daher lieber zuvor Zyankali schlucken. Völlig anders ist die Sache bei Ottomotoren (die mit Benzin arbeiten und nicht selbstzündend sind, wie der Dieselmotor). Durch Variation des Zündzeitpunktes und Drosselung der Luftzufuhr lässt sich ein zur Tötung von Menschen ausreichender CO-Gehalt in den Auspuffgasen leicht erreichen. Davon hatte man z.B. bei den mobilen Gaskammern („Gaswagen“) Gebrauch gemacht, die sämtlich mit Ottomotoren ausgerüstet waren. In den Vernichtungsstätten der „Aktion Reinhard“ -

Treblinka, Sobibór, Bełżec - wurde das zur Tötung verwendete CO aller Wahrscheinlichkeit nach mit Ottomotoren erzeugt, die aus erbeuteten sowjetischen Panzern stammten (diese hatten teils Diesel-, teils Ottomotoren). Im Motorenraum standen auch Dieselmotoren, die jedoch zur Erzeugung von elektrischer Energie oder dem Antrieb von Pumpen dienten. Daher vermutlich die Verwechslung bei dem Zeugen. Warum ist es wichtig, hier exakt zu sein? Der Dieselmotor-Irrtum wird (ähnlich wie die RIF-Seifen-Legende) von den Holocaust-Leugnern benutzt, um nach dem Motto „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht ...“ die Existenz der nationalsozialistischen Judenvernichtung allgemein in Zweifel zu ziehen. Man sollte es ihnen nicht zu leicht machen.

(1.2) „Bis zum Frühjahr 1943 wurden ... in Treblinka aber auch rund 30.000 nichtjüdische Polen ... vergast.“ Ich vermute, dass der Autor (Karl Forster) einen Satz in der „Enzyklopädie des Holocaust“ (die auch den Dieselmotor-Irrtum enthält und vermutlich von ihm als Quelle benutzt wurde) missverstanden hat: „Insgesamt wurden in Treblinka 29.000 Juden aus Ländern außerhalb Polens ermordet“ (S. 1430). Mir ist bisher keine Quelle bekannt, die die von

Karl Forster genannte Vergasung von rd. 30.000 nichtjüdischen Polen in Treblinka bestätigen würde. Auch hier mein Wunsch: Entweder handfest belegen oder berichtigen, um nicht den Holocaust-Leugnern (und Polenfressern) neue Munition zu liefern.

(2) Appell der Deutsch-Polnischen Gesellschaft an den Deutschen Bundestag vom 30.10.2006: Ein löbliches Unterfangen, jedoch vermutlich folgenlos. Eine Entscheidung des BVerfG kann nur dieses selbst, nicht aber der Bundestag, aufheben. Alles andere ist Wunschdenken. Ähnlich etwa wie die von PiS- und LPR-Politikern immer wieder erhobene Forderung, die Bundesregierung/der Bundestag möge deutschen Staatsbürgern und/oder ihren Nachkommen verbieten, in Sachen Vermögensrückgabe gegen Polen vor Gericht zu gehen. Ein derartiges Verbot war wohl in der PRL oder DDR möglich, würde aber in der BRD vom BVerfG kassiert.

(3) Sehr erfreulich das Interview mit dem Botschafter. Ein Blick nach vorn, anstatt immer nur im Schutt der Trümmer von gestern zu graben.

(4) Insgesamt: weiter so!
Herzliche Grüße
Ihr J. Neander.

Die Erde ist ein gewalttätiges Paradies

Ryszard Kapuściński hinterlässt die Welt im Notizblock

Von Christiane Thoms

Die ganze Welt interessierte ihn. Er lebte oft so wie die Menschen, über die er schrieb. Er schlief unter freiem Himmel oder in Bambushütten, in verlausten Betten und aß, was es eben an dem Ort zu der Zeit gab. Ryszard Kapuściński gehörte zu den glaubwürdigsten Journalisten, Reportern und Schriftstellern der Nachkriegszeit. In Polen nannte man ihn „Reporter des Jahrhunderts“, weil er mehr als 50 Jahre seiner Heimat Polen von der Welt berichtete. Man sagte über den am 23. Januar 2007 verstorbene polnische Schriftsteller auch, er hinterlasse „die Welt im Notizblock“.

Die ersten Auslandsreisen unternahm der 1932 im ostpolnischen Pinsk geborene Kapuściński in den fünfziger Jahren, wo ihn seine erste Reise nach Asien führte. Nachdem er als Reporter bei der Konferenz der blockfreien Staaten auf Java berichtete, beendete er 1956 in Warschau sein Studium der Geschichte, um dann weiter nach China zu reisen. Bereits ein Jahr später wurde er Mitarbeiter der polnischen Nachrichtenagentur PAP und berichtete in deren Auftrag als erster Korrespondent aus Afrika, Indien, Südamerika und aus der Sowjetunion: er war 1957 in Accra, als Ghana als erster Staat Westafrikas unabhängig wurde, er sezierte das Sowjetimperium und erkundete die unterschiedlichen Lebens- und Erlebniswelten der einzelnen Völker dort, er war in Äthiopien und schrieb über den Kaiser Haile Selassie sein bestes Werk „König der Könige“ (1984), das sich vor allem als Parabel über totale Herrschaft liest.

„Es war ein kleiner Hund, eine japanische Rasse. Er hieß Lulu. Er durfte im Bett des Kaisers schlafen. Während der verschiedenen Zeremonien sprang er vom Schoß des Kaisers herunter und pisste den Würdenträgern auf die Schuhe. Die Herren Würdenträger durften nicht zucken oder nur die kleinste Bewegung machen, wenn sie spürten, dass es in ihren Schuhen feucht wurde. Meine Aufgabe war es, zwischen den Würdenträgern herumzugehen und ihnen die Pisse von den Schuhen zu wischen. Dazu hatte ich ein Tuch aus Atlas. Das war zehn Jahre lang meine Beschäftigung. (...) Der Kaiser begann seinen Tag damit, dass er sich die Berichte seiner Informanten anhörte. Die Nacht ist die gefährliche Stunde der Verschwörung, und Haile Selassie wusste, dass die Ereignisse der Nacht wichtiger sind als das, was tagsüber geschieht. Am Tag hatte er alle im

Auge, aber in der Nacht war das nicht möglich. (...) Unser weiser Herr war nicht gewohnt zu lesen. Für den Kaiser existierte das geschriebene und gedruckte Wort nicht, alles musste ihm mündlich vorgetragen werden. (...) Der mündliche Vortrag hatte den Vorteil, daß der Kaiser gegebenenfalls behaupten konnte, dieser oder jener Würdenträger habe etwas ganz anderes berichtet, als es der Wirklichkeit entsprach, und der Betroffene konnte sich nicht rechtfertigen, da er ja keinen schriftlichen Beweis in der Hand hatte. (...) Der Kaiser denkt nach. Das ist die Stunde, in der er sich Strategie und Taktik zurechtlegt, die personellen Kreuzworträtsel löst und die nächsten Züge auf dem Schachbrett der Macht vorbereitet. Er denkt über die Meldungen nach, die ihm seine Informanten gebracht haben. Es ist kaum etwas Wichtiges darunter, meistens denunziert nur einer den anderen. (...) Der Kaiser hatte alles im Kopf, die ganze geheime Kartothek der Machtelite.“

Details unter die Lupe genommen

Kapuściński war ein Grenzgänger zwischen Wissenschaft, Journalismus und Literatur. Sein besonderes Interesse galt dabei den Entwicklungsländern, und so zog es ihn immer wieder an Krisenherde, wo er das Verhältnis der Menschen zum Staat und, wie er selbst einmal formulierte, die „Berührung von Mentalität und Politik“ zu beobachten versuchte. Von Krankheitsqualen blieb er nicht verschont und einem Erschießungskommando entkam er nur durch einen glücklichen Umstand. Dennoch vermochte ihn die Gefahr nicht davon abzubringen, im Detail Beobachtetes weiter unter die Lupe zu nehmen. Als unbestechlicher Augenzeuge von Revolutionen wurde er Held des Beobachtens, jedoch

nicht Held der Revolution. Die Psychologie und Anatomie der Tyrannei war Kapuściński bereits aus der Heimat bekannt. Das Moment der Angst, das Unterdrückter und Unterdrückte miteinander verbindet, konnte er durch eigenes Erleben. Diese in der Nähe von Tätern und Opfern beobachteten symbiotischen Funktionsmechanismen von Willkür und Servilismus sind Werkzeug für sein zu entwerfendes Panorama der Geschichte und ihrer Winkelzüge.

Sowjetische Streifzüge in einem Riesenreich

Kapuściński hat sich nie dem Diktat der Aktualität unterworfen. In den Band „Imperium“ (1993) sind Erfahrungen und Erlebnisse aus rund fünfzig Jahren eingeflossen. Er reiste nach Stalins Tod als junger Journalist durch die ganze Sowjetunion und sah genau, woran sie gescheitert ist:

„Es sollte Workuta sein und Nacht, doch wir landeten bei Tag, im Sonnenschein. Folglich muß es ein anderer Flughafen sein. Welcher? Ich rutsche unruhig im Sessel hin und her, doch ich sehe bald, dass nur ich unruhig bin, die anderen zucken mit keiner Wimper. Ich habe in diesem Land vielleicht hunderttausend Kilometer mit dem Flugzeug zurückgelegt. Zwei Beobachtungen von diesen Reisen: Die Flüge sind immer ausgebucht - auf jedem Flughafen warten auf jeden Flug Scharen von Menschen, oft wochenlang, es ist also völlig undenkbar, daß irgendwann ein Sitz frei bleibt. Zweitens: Den ganzen Flug über herrscht in der Kabine Totenstille. Die Passagiere hocken reglos und schweigend in ihren Sesseln. Wenn man Lärmen, Lachen und Gläserklirren hört, heißt das, daß eine Gruppe Polen im Flugzeug sitzt: Aus unerfindlichen Gründen versetzt sie jede Reise in einen Zustand grenzenloser Euphorie, beinahe des Amoks. Ja, es ist nicht Workuta, es ist Syktywkar.“

Ich weiß nicht, wo Syktywkar liegt, und habe vergessen, eine Karte mitzunehmen. Durch tiefen Schnee stapfen wir zum Flughafengebäude. (...) Sie stehen da und starren stur vor sich hin. Genau das: Sie stehen da und starren vor sich hin. Ihnen ist keine Ungeduld anzumerken, keine Beunruhigung, Verärgerung, Wut. Vor allem aber stellen sie keine Fragen. Vielleicht fragen sie nicht, weil sie alles wissen?

(...) Nach ein paar Stunden fliegen wir von Syktywkar nach Workuta (bis heute weiß ich nicht, was hinter diesem Zwischenstopp und dem sinnlosen, ermüdenden Warten steckte). Wenn man diese Strecke am Abend fliegt, erlebt man einen großartigen Kunstgenuß. Nachdem das Flugzeug eine Höhe von ein paar tausend Metern erreicht hat,

gleitet es plötzlich hinter die Kulissen eines gigantischen kosmischen Theaters. (...) Ein leichter, pastellfarbener Vorhang, ein paar hundert Kilometer hoch, in gelben und grünen Farbtönen. (...) Wir sind schon über dem Flughafen, als das Polarlichttheater plötzlich verlöscht, von der Dämmerung verschluckt. Eine Temperatur von minus 35 Grad. Ich verspüre sofort die Kälte, die wütenden Bisse des Frostes, bekomme Probleme mit dem Atmen, Schüttelfrost. (...) Ich habe die Telefonnummer eines Menschen dabei, den ich treffen will. (...) Genadi Nikolajewitsch, Bergarbeiter, ist eben fünfzig geworden und in die Pension gegangen. Diese frühe Pension ist das einzige Privileg, das einem für die Arbeit unter diesen schrecklichen polaren Bedingungen zusteht. Im übrigen ein eher zweifelhaftes Privileg, denn nur rund zwanzig Prozent der Bergarbeiter erreichen das fünfzigste Lebensjahr.“

Von den gemäßigten autoritären Regimes bis hin zu den paranoiden Willkürherrschaften ist Kapuœciński im Verlauf seines Reisens einer großen Vielfalt von Systemen begegnet. Der unbestechliche Reporter Kapuœciński interessierte sich jedoch für die Opfer und die Welt, in der Kriegserlebnisse die „normale Ordnung“ des Lebens einfach weblasen. In seinen Texten sehen wir die dünne Kruste der Zivilisation in ihrer Zerbrechlichkeit. Das Böse lauert überall und kann urplötzlich in Erscheinung treten. Gerade deshalb ist es verwunderlich, dass dramatische Gesinnungswechsel und Metamorphosen den Reiseführer Kapuœciński dennoch lächeln lassen. Er weist in seinen Texten immer wieder die unbeständige Beschaffenheit nach, begleitet den Revolutionär auf dem Weg zum Sieg und weiter in die Diktatur, an deren Spitze jener dem gestürzten Vorgänger mehr denn je ähnelt.

Irgendwo zwischen Reportage und Erzählung

Alles Streben des Autors galt der Entstehung von historischen Büchern und Texten über gestürzte und nicht gestürzte Zeitgenossen. Als Korrespondent und Beobachter ist er in die Figuren seiner Protagonisten hineingekrochen und hat diese aus dem Blickwinkel ihres Endes betrachtet. Da die Grenze zwischen Reportage und Erzählung in seinen Texten immer wieder und immer mehr verschwand, geriet er deswegen oft in Konflikt mit der offiziellen Informationspolitik Warschaus.

Die metaphorische Essayprosa von Ryszard Kapuœciński ist ungekünstelt und im Detail ausgefeilt, jedoch leere Verweilpausen existieren in seinen Dokumenten nicht.

Obwohl Analyse und Deskription voneinander nicht trennbar sind, kann man selbst in den nachdenklichen Beschreibungsmomenten die Ironie des Autors ganz genießen. Kapuœciński versucht vergebens, sich hinter den Tatsachen zu verbergen. Auch wenn er damit anzudeuten versucht, dass nicht er es ist, der da spricht, sondern jener andere, ist die Prosa nicht frei von der Verantwortung, die dem Schreibenden auferlegt wird. Die Disziplin des Korrespondenten ist ihm dabei im Weg.

Der Reporter bleibt ein Einsamer

Ein Emigrant ist Ryszard Kapuœciński nie geworden. Obwohl sein Weg ein einsamer gewesen ist, stand er mit beiden Füßen auf dem Boden seiner Heimat und beobachtete mit Augen und Verstand als subversives Material den Kampf von vier Fünfteln der Menschheit. Es reizte Kapuœciński immer wieder, den aufgestöberten Stoff aus seinen Notizblöcken aufzuarbeiten.

Dennoch sieht Kapuscinski den Reporter als einen, der zwischen den Kulturen schwebt, die er übersetzt. Er stellt sich immer wieder die Frage, „wie weit kann ich in eine andere Kultur eindringen, diese kennen lernen, da sie doch aus internen, geheimen Codes besteht, die wir, die Ankömmlinge aus einer anderen Welt, nicht entziffern und begreifen können“.

Vielleicht hat sich Kapuœciński mit seinem letzten Buch „Meine Reisen mit Herodot“ (2005) als Hommage an sein großes Vorbild, den antiken Reporter Herodot, diese Frage selbst beantwortet. Da gab es einen von Neugier und Wissensdurst Getriebenen, der aufbrach, die Grenzen der bekannten Welt auszuloten, mit eigenen Augen zu sehen und mit eigenen Ohren zu hören. Kapuœciński war wie Herodot kein Händler, Spion, Diplomat oder Tourist, sondern Reporter, Ethnograph und Schriftsteller, der stets ein treuer Begleiter seiner selbst war und die Erde als ein gewalttätiges Paradies erfahren hat. ○

Holocaust in Galizien

Studienreise vom 18. bis 25. August

Den thematischen Schwerpunkt dieser Reise bildet das Schicksal der jüdischen Bevölkerung, die Ghettoisierung, Verschleppung und Ermordung u.a. im Vernichtungslager Be³zec. Beim Einmarsch der Deutschen lebten in Ostgalizien etwa 540.000 Jüdinnen und Juden. Nach drei Jahren deutscher Besatzung war eine der größten jüdischen Gemeinden Europas nahezu vollständig ausgelöscht. Im Vernichtungslager Be³zec wurden etwa 200.000 Menschen aus Ostgalizien ermordet. Allein in Lemberg lebten 1939 110.000 Juden bei einer Gesamteinwohnerzahl von 340.000 Menschen. Am 30. Juni 1941 wurde Lemberg von den Deutschen besetzt. Am selben Tag noch begann die Verfolgung der Juden.

Gleichzeitig befassen wir uns mit der Geschichte von Theodor Oberländer. Er nahm 1923 am Hitlerputsch in München teil und wurde am 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP. Oberländer gehörte auch der SA, zuletzt im Range eines Obersturmbannführers an. Von 1934 bis 1937 war er Reichsleiter des Bundes Deutscher Osten (BDO). Während des Zweiten Weltkriegs war er in seiner Eigenschaft als Ukraine-Referent des Oberkommandos der Wehrmacht mit dem Dienstgrad eines Hauptmanns Berater des Führers der deutsch-ukrainischen Freiwilligeneinheit 'Bataillon Nachtigall' und gehörte später auch dem deutsch-kaukasischen Sonderverband Bergmann an. 'Nachtigall' war erheblich in das Pogrom von Lemberg 1941 involviert, 'Bergmann' unter anderem in der Partisanenbekämpfung eingesetzt. Ab 1944 war Oberländer Verbindungsoffizier im Stab der 'Russischen Befreiungsarmee' unter General Andrei Andrejewitsch Wlassow, während er nach 1945 Politiker zunächst in der FDP, dann in der GB/BHE, zuletzt bei der CDU war. Von 1954 bis 1960 war Oberländer Bundes-Vertriebenenminister.

Die Reise führt nach Rzeszów, Łańcut, Be³zec sowie ins Ukrainische Lviv (Lemberg). Auf der Rückreise sind wir einen Tag in Krakau. Auf dem Programm stehen der Besuch der Gedenkstätte Be³zec, ein Ausflug mit 2 Übernachtungen nach Lemberg, Treffen mit polnischen Politikern und Vertretern der Polnisch-Deutschen Gesellschaft. Touristische Ausflüge u.a. Besuch des Schlosses in Łańcut. Abschlußtreffen am Lagerfeuer.

Ein ausführliches Programm sowie Reisebedingungen, Preis und Anmeldeformular ist ab Anfang April unter www.kontaktpress.de/studienreise.html zu finden. Der Reisepreis liegt für Vollverdiener bei Rund 300 Euro, für Schüler und Arbeitslose gibt es Ermäßigung (ab ca. 190 Euro). Inbegriffen sind Fahrt ab/bis Berlin, Übernachtung in 2-Bettzimmern, Halbpension, Eintritte, Führungen.

Veranstalter: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. in Zusammenarbeit mit Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Otto Pankok: Sinti-Porträts 1931 bis 1949

Von Frank Reuter

Neben dem Expressionisten Otto Mueller ist Otto Pankok (1893 - 1966) der wohl bedeutendste deutsche Künstler des 20. Jahrhunderts, dessen Leben und Werk in enger Beziehung zur Minderheit der Sinti und Roma stehen. Darstellungen von Sinti und Roma nehmen im Gesamtwerk Pankoks einen herausragenden Platz ein. Sie entstanden vom Beginn der Dreißigerjahre bis zu seinem Lebensende und umfassen nahezu alle künstlerischen Techniken, derer er sich bediente. Auch als Mensch blieb Otto Pankok den Sinti und Roma über Jahrzehnte in besonderer Weise verbunden. Beispielhaft ist sein Engagement für die Überlebenden des Holocausts in den Nachkriegsjahren.

Im Mittelpunkt der Ausstellung, die ab dem 20. Oktober 2006 - dem 40. Todestag des Künstlers - im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma zu sehen war, standen die Porträts, die Pankok vor allem 1931/32 sowie in den ersten Nachkriegsjahren von Düsseldorf Sinti schuf. Viele Werke waren hier zum ersten Mal im Original zu sehen. Neben großformatigen Kohlegemälden, die das Herzstück von Pankoks Kunst bilden, wurden auch Holzschnitte, Lithografien, Radierungen und Bronzeplastiken präsentiert. Fast alle präsentierten Werke waren Leihgaben aus dem Otto-Pankok-Museum, das von der heute 82-jährigen Tochter des Künstlers, Eva Pankok, geleitet wird. Eva Pankok berichtete auf der Ausstellungseröffnung über die enge Beziehung ihres Vaters zu den Düsseldorfer Sinti.

Bewusst wurden die in der Ausstellung präsentierten Kunstwerke in den historischen Kontext des Holocausts an den Sinti und Roma gestellt. Wie bei keinem anderen deutschen Künstler spiegelt sich in Pankoks Werk der nationalsozialistische Völkermord an dieser Minderheit wider. Durch seine Verbundenheit mit den Düsseldorfer Sinti wurde Otto Pankok zum künstlerischen Chronisten der an ihnen begangenen Verbrechen. Darüber hinaus dokumentierte die Ausstellung die Verfemung des Künstlers selbst, der nach 1933 zunehmend geächtet und dessen Arbeiten - nicht zuletzt wegen seiner Darstellungen von Sinti und Roma - als "entartet" diffamiert wurden. So enthielt die berüchtigte Propaganda-Ausstellung "Entartete Kunst", die Hitler im Juli 1937 in München eröffnete und die später in zwölf weiteren Großstädten von über drei Millionen Besuchern gesehen wurde, auch eine Lithografie Pankoks: das Porträt eines Sinti-Mädchens. Im Zuge der groß angelegten "Säuberungen" wurden in der Folge

56 seiner Werke aus deutschen Museen ausgesondert und vernichtet, darunter zahlreiche Darstellungen von Sinti und Roma. Alle Werke, die Otto Pankok nach 1937 schuf, konnten bis zum Ende der nationalsozialistischen Diktatur nicht öffentlich



**Kohlezeichnung eines Sintijungen
120x100 cm, Otto Pankok 1932**

gezeigt werden. Trotz Malverbots setzte Pankok, der sich bis zum Ende des "Dritten Reichs" mit seiner Familie an wechselnde Orte auf dem Land zurückzog, seine künstlerischen Arbeiten mit Sinti- und Roma-Motiven fort.

Im Herbst 1947 veröffentlichte Pankok sein viel beachtetes Buch "Zigeuner". Es enthält eine Auswahl der Bilder von Düsseldorfer Sinti, die Pankok am Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme geschaffen hatte. In seinem Vorwort schreibt Pankok: "Ach, Freunde, wohin seid ihr verweht, wo seid ihr zertreten, in welche Gruben haben euch schutzlose Kinder die Würger verscharrt wie Dreck? Man

zerterte sie fort in die Todeslager und die östlichen Schlachthäuser. Wir hörten die Kinder schreien und die Mütter schluchzen unter den Peitschen der braunen Henker. Noch bevor die Synagogen aufloderten, waren die Zigeunerfamilien hinter den Gittern des Stacheldrahtes zusammengepfercht, um später das jüdische Schicksal in den Todeslagern des Ostens zu teilen." Im Folgejahr schuf Pankok eine größere Zahl Kohlegemälde überlebender Sinti, die er nach ihrer Rückkehr aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern in Düsseldorf wieder getroffen hatte. Die Porträts spiegeln die tiefe körperliche und seelische Verwundung der Menschen, die in den Jahren der NS-Diktatur fast alle ihre Angehörigen verloren hatten, eindringlich wider. Bis heute gehören diese Werke zu den bedeutendsten Beiträgen künstlerischer Auseinandersetzungen mit dem Holocaust an den Sinti und Roma.

Doch die Bedeutung von Pankoks Wirken weist über diesen zeitgeschichtlichen Kontext hinaus. Während Darstellungen von Sinti und Roma in der bildenden Kunst oft von tief verwurzelten Stereotypen oder exotisch-romantischen Projektionen überlagert sind, lässt Otto Pankok die von ihm porträtierten Menschen in ihrer Individualität und in ihrer unbedingten Würde hervortreten. Es ist nicht zuletzt diese von Empathie und Respekt geprägte Haltung des Künstlers gegenüber seinen Modellen, die den einzigartigen Rang der gezeigten Werke ausmacht. Ergänzend wurden Fotos und Schriftstücke aus dem Nachlass des Künstlers präsentiert, die seine enge persönliche Beziehung zu den Düsseldorfer Sinti und seinen unermüdlichen Einsatz für die Überlebenden des Holocausts dokumentieren. Die Ausstellung wollte Pankok nicht nur als einen bedeutenden deutschen Künstler des 20. Jahrhunderts würdigen, sondern zugleich sein beispielloses menschliches Engagement für die Minderheit der Sinti und Roma zeigen. ○

Die Ausstellung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma in Zusammenarbeit mit dem Otto-Pankok-Museum in Hünxe ist ab dem 11. Mai 2007 in Sinstdeden geöffnet:

**Kulturzentrum Sinstdeden des Kreises Neuss, Grevenbroicher Straße 29
D-41569 Rommerskirchen-Sinstdeden**

Email: kulturzentrumsinstdeden@t-online.de, Tel: 02183 - 7045

„Dark Wave – Im Flug der Libellen“

Streetfilming in den Partnerstädten
Danzig, Riga und Bremen

Von Reiner Matzker

Kleines Equipment, zwei Kameras, Beleuchtung, Tonangel. Schnelle Arbeit im Live-Geschehen, live vor Ort. „Dark Wave – Im Flug der Libellen“ erzählt die Geschichte einer ungleichen Freundschaft. Mike kommt aus der autonomen Punk-Szene und lebt als Musiker mit seiner Freundin in einer Fabriketage. Detlev ist der Sohn eines Fabrikanten und hat erst vor kurzem dessen Firma übernommen. Beide schätzen, ohne sich dessen bewusst zu werden, am anderen das, was sie an sich selbst zu vermissen glauben. Beide versuchen einander zu helfen. Detlev ist um die Karriere der Punk-Band von Mike bemüht, Mike um Detlevs psychischen Zustand, der sich verschlechtert, als die soeben bei Detlev eingezogene Freundin ihn verlässt.

Im August 2003 lag ein rohes Konzept für den Film „Dark Wave – Im Flug der Libellen“ vor. Als es kälter wurde, im November, begannen wir mit den Dreharbeiten.

Mike Rüschoff, ein Musiker aus der Bielefelder Punkszene, übernahm eine der männlichen Hauptrollen, die andere Carsten Meeners, ein Darsteller aus dem „Theater der Versammlung“. Die Kamera bedienten Jörn Brinkhus und Gerrit Schröder. Bremen befand sich im Bewerbungsprozess um den Titel „Kulturhauptstadt 2010“. Studierende der Bremer Universität entwickelten Ideen und Vorschläge für das Kulturhauptstadt-Team.

Zwei Studentinnen stellten ihre Idee in Form eines Tanzes vor. Im Grunde löste dieser Tanz die Dreharbeiten aus. Wir filmten die beiden Tänzerinnen an einem sonnigen, aber kalten Tag im Spätherbst. Wir filmten mit der Steady Cam in den Balletstudios der Universität, während die Sonne durch die Oberlichter blinzelte. Es entstand die Idee, den gleichen Tanz auch draußen, am Gröpelinger Hafenbecken zu filmen. Die Tänzerinnen willigten ein. Wir fuhren bis zum

Kai und machten die Aufnahmen in schönstem Herbstlicht ...

Kein Drehort in Bremen war zu ausgefallen. Es galt, Unterhaltungselemente und



städtische Dokumentation miteinander zu verbinden. Das Hallenschwimmbad in Walle war durch ein Warmwasserbecken nach außen geöffnet worden. Bei Minusgraden lag Dunst über dem Wasser. Das

Becken war beleuchtet. Wir nahmen erste Dialoge der Freunde Mike und Detlev in diesem Becken auf. Wir filmten in Fabriketagen, auf dem Flughafen, in Geschäften, Cafés, auf Schiffen, im Botanischen Garten, in Parkanlagen und Hotels, auf Sportplätzen, in Werkhallen etc. Und wir filmten auf den Straßen. Ein kleines, innerstädtisches „Kammerspiel“ nahm Form an.

Doch zunächst entstand kein Film, sondern eine Art Werkschau, ein „Trailer“ mit einer Länge von achtzehn Minuten. Der Tanz der beiden Tänzerinnen, die Außen- und Innenaufnahmen miteinander verschnitten, war das Kernstück dieses Trailers. Den Rahmen bildeten ein paar Dialoge, in der Küche des Güterbahnhofs, vor dem Parkhotel, in der Billardkneipe, im Maisfeld. Wir zeigten das Fragment im Rahmen der Veranstaltung „Sinnessachen. Ästhetik der Wissenschaften“ im Januar 2004 im Neuen Museum Weserburg. Im Saal wurde es still ...

Für das Filmprojekt jedoch ergab sich eine Zwangspause. Jörn Brinkhus an der Kamera und am Schneidetisch konnte seine Arbeit wegen beruflicher Veränderungen nicht fortsetzen. Förderungsanträge blieben erfolglos. Das Bremer Filmbüro lehnte die Arbeit kategorisch ab. Wir fanden schließlich Projekthilfe aus Mitteln des Kulturhauptstadtfonds. Die Filmarbeit sollte in den Bremer Partnerstädten Danzig und Riga fortgesetzt werden. Die Unternehmen Professional Media Service, The Sign und Xperiafilm sicherten ihre Unterstützung zu. Kathrin Ennen wurde als Cutterin empfohlen, und Gerhard Molkenthin (Xperiafilm) übernahm nun seinerseits die Kameraarbeit. Ihn begleiteten die Kameraassistentinnen Yvonne Wolzien und Steffi Guddat. Wir schlossen die in sich reifende Filmarbeit mit einem ruhigen, ausgeglichene Team ab. „Dark Wave – Im Flug der Libellen“ wurde im Juli 2005 voraufgeführt. Premiere war im Dezember desselben Jahres im Bremer Kino Schauburg.

Im August und September 2005 wurden in jeweils kleinen Teams die Dreharbeiten in Danzig und Riga fortgesetzt. Wichtig war es, den hanseatischen Geist, das hanseatische Flair der Partnerstädte aufzuspüren. „Der Geist der Städte“ hießen die drei Teile der Trilogie.

„Der Geist von Danzig – Duch Gdańska“. In Gdańsk fand ein breit angelegtes Stadtgespräch statt. Schauspieler aus „Dark Wave – Im Flug der Libellen“ (Mirja Ehlers und Mike Rüschoff) begegneten unterschiedlichen Personen, teils an besonderen, von den Einzelnen ausgesuchten Orten. Aber auch zufällige Begegnungen fanden statt, mit einer Ordensschwester,

dem Inhaber eines Künstlercafés, Bauarbeitern, einer Servicekraft in einer Kantine und Passanten. Man spricht über den Geist



der Stadt, Partnerschaften und Städtepartnerschaften. Es äußern sich der Künstler und Professor für Neue Medien Grzegorz Klamann und Aneta Szylak, die Direktorin der „Fundacja Wyspa Progres“ auf dem Werftgelände und in einem Park in Wrzeszcz (Gdańsk) die bildende Künstlerin und Kuratorin Agnieszka Woźdzko. Es tanzen vor der Kirche des hl. Jan (Kościół św. Jana) in der Altstadt Joanna Czajkowska und Jacek Krawczyk vom Teatr Okazjonalny. Die Jazzgruppe „Niebieski Lotnik“ spielt im „Teatr Leśny“ (Wald-Theater). Ihr Bandleader Wojciech Mazolewski beschreibt den Geist seiner Stadt.

Die Voraufführung des Films im Juni 2006 löst im Foyer der Bremer Schwankhalle heftige Reaktionen aus. Der Film sei ein Propagandawerk der achtziger Jahre: ungeheuerlich. Es wurde übersehen, dass der Film nur Meinungen vermittelt, keine eigene politische Aussage enthält. Selbst die Konstellation der Beiträge ergab sich eher zufällig. Vermittelt werden Standpunkte jüngerer und auch älterer Menschen im heutigen Gdańsk. Der in den neunziger Jahren sich vollziehende Bedeutungsverlust der Solidarność wird nur am Rande und höchstens indirekt thematisiert. Dennoch betrachtet man den „neoliberalen“ Wertewandel mit Unbehagen. Das kritische Erbe der Werftarbeiter steckt in den neuerlichen Kulturbemühungen auf dem Werftgelände. Grzegorz Klamann zeigt uns eine leere, unbebaute Fläche auf dem Gelände. Dies sei seine Lieblingsstätte, ein Ort der Zukunft ... Städtepartnerschaften steht man eher skeptisch gegenüber. Sie förderten

zwar kulturelle Prozesse, dies allgemeiner oder oft jedoch nach Vorstellungen der Kulturverwaltungen. Bremen habe sich

selten so stark für die Partnerstädte interessiert wie zu Zeiten der Kulturstadtbewerbung. Und über Partnerschaften wollen einige schon gar nicht sprechen. „St. Peter – Riga“. „Sie herzte sanft ihr Spielzeug, bevor sie es zerbrach. Und hatte eine Sehnsucht. Und wusste nicht wonach.“ Der erste Eindruck in Riga war



eine Schlägerei auf offener Straße, am Sonntagnachmittag. Es war ein innerstädtisches Ballett mit eigener Komposition geplant. Die Musik eines Komponisten aus Riga (Armands Strazds) und ein ebenso poetischer wie stadtmithologischer Text (aus dem Off) sind Grundlage einer kleinen Choreographie für die Tänzerin aus dem ersten Teil der Trilogie. In den Hallen des Dünemarktes werden wir während der

Dreharbeiten bewacht. Hier ist Filmen und Photographieren strengstens verboten. Die Tänzerin (Evelyna Braun) im lachsfarbenen Kleid zwischen den Marktständen wird mit Erstaunen oder auch argwöhnisch betrachtet. Auf dem Rathausplatz begleiten sie Tänzerinnen und Tänzer der Latvian Academy of Culture (betreut von Ramona Galkina) sowie aus dem Kreis der Olga Zitluhina Dance Company. Topographische Bezüge innerhalb der Stadt werden ebenfalls durch einen Sprecher hergestellt. Der Hauptdarsteller des ersten Teils der Trilogie (Carsten Meeners) paraphrasiert im On an charakteristischen Orten die Stadtgeschichte Rigas.

Die Videoproduktionen sind als Experiment der Vermittlung zwischen Kunst, Wissenschaft und Entertainment zu verstehen. Für die an den Produktionen beteiligten Studierenden werden paradigmatisch Lernprozesse im Zuge einer bildästhetisch, inhaltlich, dramaturgisch und technisch angestrebten Professionalisierung ausgelöst. Das Projekt „wagt“ eine neue Form der inhaltlich-ästhetischen Auseinandersetzung mit Städten und ihrer Lebensqualität. Das Bild der Städte wird nicht in reizlosen Dokumentationen entworfen, sondern durch möglichst reizvolle, auch überraschende und spannende narrative Verdichtungen.

Die Teile der Trilogie insgesamt werden in geplanten Veranstaltungen der Partnerstädte Danzig, Riga und Bremen vorgeführt. Premiere war am 29. Oktober 2006 im Kino Schauburg in Bremen. ○

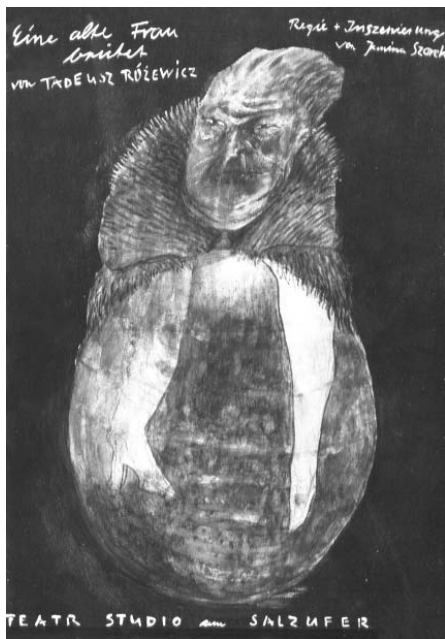
<http://underdogfilmfest.org/2007/filme/einreichungen/>
Fotos aus den Dreharbeiten in Gdańsk: xperiafilm, Gerhard Molkenthin

„Eine alte Frau brütet“

Von Christiane Thoms

Die 1999 von Prof. Münzberg und Janina Szarek gegründete deutsch-polnische Studiobühne „Teatr Studio“ in Berlin entdeckt den polnischen Lyriker, Dramatiker und Erzähler Tadeusz Rózewicz wieder und bringt ihn auf die Bühne. Zahlreiche Übersetzungen in viele Sprachen haben Rózewicz weltberühmt gemacht. Als Träger vieler nationaler und internationaler Preise gilt er in vielen Ländern als Dichter mit großer moralischer Autorität. Das avantgardistische und groteske Endzeitdrama von Tadeusz Rózewicz überlässt es der Frau, einen hoffnungsvollen Ausgang aus der apokalyptischen Sackgasse zu finden.

Als aufmerksamer Beobachter der gegenwärtigen Erscheinungsformen menschlicher Grausamkeit wagte der 1921 geborene Rózewicz schon 1968 mit seinem Drama



„Eine alte Frau brütet“ den Versuch, den weltweit operierenden Kapitalstrukturen und den absehbaren gesellschaftlichen Verhängnissen entgegenzusteuern. Rózewicz schrieb das Stück in einer Zeit, als weltweit gegen den Vietnamkrieg protestiert wurde, als die Studentenbewegung gegen kapitalistische Bereicherungsgier und Borniertheit auf die Straßen gingen.

Subtile und albraumartige Bilder vom Müllplatz der Geschichte leben in der Gegenwart weiter. Aus genau dieser zeitlos und hoffnungslos scheinenden Zeitmaschine taucht eine alte unersättliche Frau auf, aus der das Leben sickert.

Die Regisseurin und Dramaturgin Janina Szarek spielt von einer Besessenheit befallen diese im Mutter-Mythos schaukelnde Alte und lässt in ihrem warmen Bauch die Menschheit pulsieren. Große weiße Poeme, Schlagsahnebabys sollen in ihrem Schoße reifen, der eine prächtige Landschaft zeigt. Den wie eine Kriegstrommel

gespannten Bauch sollte man international schützen lassen, fordert die in Zeitfetzen gehüllte Alte mit lasziver Stimme.

In der pathosarmen Poesie entdeckt man schmerzliche Wahrheiten: Kriege, Müllschlamm, Stacheldraht-Barrieren, atomare und biologische Zerstörungen, Umweltzerstörung, Hungerkatastrophen, Klimawandel, Gleichgültigkeit. Die Herausforderungen des menschlichen Schicksals und die Situation der Nation als Bühnenkulisse definieren den allgegenwärtigen Geisteszustand als ethische Leere.

Suche nach Rettung

Das Brüten als fundamentale Tätigkeit hängt als Hoffnungsträgerin in der Schaukel und zeigt dem Publikum, wie vergeblich diese Rettungsaktion ist. Auch Gott hat scheinbar seinen Standort gewechselt; er wohnt jetzt im Kottlett, in der Zwiebelsuppe, in der brütenden Frau. Die Jungs, die vorher noch die Frau im Bahnhofscave bedient haben, spielen jetzt Krieg und in den Metropolen trinkt man inzwischen Klosettwasser; es ist kein Zucker und kein klares Wasser mehr vorhanden.

„Rózewicz setzt auf eine empörte, protestierende, letztlich tragische weibliche Figur, die gegen die Destruktivität der Männer und deren bisher ungebrochenen Macht- und Narzissmuswahn vergeblich operiert“, so der Schriftsteller und Dramaturg Prof. Olav Münzberg.

In den Werken von Rózewicz sind die ProtagonistInnen auf der Suche nach einer uralten Lebensordnung, die das nicht mehr aufzuhaltende und von Traurigkeit geprägte Schicksal der Menschheit doch noch zu retten versucht.

Suche nach neuen poetischen Ausdrucksformen

Rózewicz, der Vorläufer der Avantgarde in Poesie und Drama, ist zwar sehr stark in der romantischen Tradition verwurzelt, hat aber eine aufsehenerregende neue Bewegung in der polnischen Literatur ausgebrütet.

Die Unruhe, das Chaos und die übrig gebliebenen Worte auf der Bühne, die als Müllhalde mal ein Bahnhofscave und mal ein Strandcave zeigt, signalisiert eine neue Art der szenischen Sprache. Der Fokus ist dabei auf die existentielle Mühsal als Kampf mit dem Nichts gerichtet. ○

15 Jahre Radtouren der guten Nachbarschaft der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen

Tour-Termine 2007

30.06. - 07.07.2007 die Radtour der guten Nachbarschaft von Kostrzyn über Poznań, Leszno, Wro³aw nach Zgorzelec

21. - 28.07.2006 das Fahrrad und Wandercamp in den Masuren. Das Quartier wird höchstwahrscheinlich in der Gegend um Olsztyn und Mr'gowo sein.

Anmeldung: Mirko Buggel, Gustav-Kurtze-Promenade 58, 15344 Strausberg, Email: m.buggel@guteNachbarn.de

Die Organisatoren bitten um Mitteilung des Geburtsdatums und ob vegetarische Kost gewünscht wird.

Bitte überweisen Sie die Raten rechtzeitig, da die Veranstalterin als gemeinnütziger Verein keine Rücklagen für Anzahlungen bilden konnte. Deshalb muss sie 2007 auf verbindliche Anmeldungen, d.h. mit termingerechter Überweisung der 1. Rate, bestehen.

Teilnehmergebühren und Überweisungen:

- Radtour der guten Nachbarschaft 360,- Euro p.P.

- Fahrrad- und Wandercamp 340,- Euro p.P.: Zusätzlich fallen hier 60,- Euro als Transportkosten für den Bus bei 30 bis 40 Teilnehmern an; bei geringerer Teilnahme kann sich der Betrag erhöhen*.

1. Rate (120,- Euro) mit der Anmeldung bis spätestens 15.04.2007,

2. Rate (120,- Euro) bis spätestens 02.05.2007,

3. Rate (Radtour 120,- Euro) bis spätestens 02.06.2007 überweisen.

Camp: 100,- Euro + Transportkosten entspr. Teilnehmerzahl*)

Konto-Nr.: 33 56 301, Bankleitzahl 100 205 00 Bank für Sozialwirtschaft Berlin.

* wird den Teilnehmern rechtzeitig mitgeteilt.

Schiffe auf Schienen

Der Oberländische Kanal in den Masuren ist ein technisches Wunderwerk

Von Katarzyna Tuszynska

Morgenstund' hat Gold im Mund. Im Hafen der alten Hansestadt Elbing (polnisch: Elbl'g), 80 Kilometer von Danzig entfernt, beginnt ein warmer Frühsommertag. Wer eine der größten Attraktionen der polnischen Masuren erleben will, muss früh aufstehen. Schon lange vor der Abfahrt um 8 Uhr gibt es keine freien Plätze mehr auf dem Schiff „Schwan“. Die meisten Passagiere sitzen auf den Holzbänken auf dem Oberdeck und genießen die ersten Strahlen der Sommersonne.

Nach ein paar Minuten Fahrt auf dem hier noch ziemlich breiten Kanal ist die Silhouette der Stadt Elbing verschwunden. Das Schiff biegt in einen riesigen See ein, den

Wasser über Land nach oben gezogen, beziehungsweise nach unten abgelassen - je nach Fahrtrichtung. Nach einer Stunde Fahrt durchläuft die „Schwan“ die erste



Auf dem Elbinger Kanal; Foto: Katarzyna Tuszynska

Stufe. Das Schiff wird dazu auf einen Schienenwagen gehoben und mit Hilfe einer Standseilbahn zum nächsten Gewässer gezogen. Die Seile werden mit Hilfe von Wasserrädern, Drahtseilen und Turbinen angetrieben. All dies geschieht ganz ohne elektrische Energie mit reiner Wasserkraft.

Ingeborg Sinkewitz aus Berlin schaut sich das alles ganz genau an. „Wenn mir ein Berliner gesagt hätte, Du fährst mit dem Schiff über Land, hätte ich gesagt, Du spinnt“, wundert sich die 47-jährige. Von der Technik aus dem 19. Jahrhundert ist sie total begeistert. „Man muss das einfach gesehen haben. Es ist ganz toll“. Die deutschen Touristen an Bord vergleichen das Schiff mit einer Straßenbahn und lassen sich vom Bordpersonal alles ganz genau erklären.

Die Technik hatte sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts der Ingenieur Jakob Georg Steenke ausgedacht. Allerdings musste der preußische Baurat aus Königsberg 20 Jahre lang warten, bis sein Plan einer Schiffsverbindung des Oberlandes mit der Ostsee umgesetzt wurde. Der Bau selbst dauerte insgesamt 14 Jahre von 1844-1858. Der erste Dampfer befuhr im Jahre 1852 die Strecke zwischen Deutsch Eylau (I³awa

und Elbing. Die Strecke Liebmühl (poln. Mi³om³yn) bis Osterode (Ostroda) kam später dazu. Die 82 Kilometer lange Hauptstrecke führt heute von Elbing bis Osterode. Es gibt dazu die Abzweigungen Osterode - Deutsch Eylau (50 Kilometer), Osterode - Altfincken (Stare Jablonki) (15 Kilometer) und Liebmühl - Deutsch Eylau (30 Kilometer).

Die Schiffe auf dem Oberländischen Kanal verkehren vom Anfang Mai bis Ende September. Insgesamt 65 Passagiere passen auf das Unter- und Oberdeck eines Ausflugsschiffes. Die meisten Touristen stammen aus Deutschland und Frankreich. 85 Zloty, umgerechnet circa 20 Euro, muss man für das Ticket investieren. Die Nachfrage ist riesig, denn fürs Geld wird einiges geboten. Erst gegen 19 Uhr erreicht die „Schwan“ ihren Zielhafen Osterode. Dazwischen liegen elf kurzweilige Stunden in der herrlichen Natur der Masuren.

Doch für Gretel Gottkamp und Ingeborg Sinkewitz bedeutet das Ziel in Osterode noch nicht das Ende ihrer Tour. Von Osterode-Hafen fahren sie zusammen mit ihrer Gruppe mit dem Bus nach Sensburg (Mr'gowo). Dort quartieren sie sich an der Sensburger Seenplatte ein. Auf ihrem Tourenplan stehen unter anderem der Wallfahrtsort „Heilige Linde“ (G³wieta Lipka) und die „Wolfsschanze“ bei Rastenburg (K³etrzyn). 1944 wurde hier das Attentat auf Adolf Hitler verübt. Ein Besuch in der Marienburg und ein Stadtspaziergang in Danzig schließen die Rundreise der deutschen Touristen ab. Insgesamt neun Tage waren sie dann unterwegs für günstige 700 Euro pro Kopf. ○

und Elbing. Die Strecke Liebmühl (poln. Mi³om³yn) bis Osterode (Ostroda) kam später dazu. Die 82 Kilometer lange Hauptstrecke führt heute von Elbing bis Osterode. Es gibt dazu die Abzweigungen Osterode - Deutsch Eylau (50 Kilometer), Osterode - Altfincken (Stare Jablonki) (15 Kilometer) und Liebmühl - Deutsch Eylau (30 Kilometer).

Die Schiffe auf dem Oberländischen Kanal verkehren vom Anfang Mai bis Ende September. Insgesamt 65 Passagiere passen auf das Unter- und Oberdeck eines Ausflugsschiffes. Die meisten Touristen stammen aus Deutschland und Frankreich. 85 Zloty, umgerechnet circa 20 Euro, muss man für das Ticket investieren. Die Nachfrage ist riesig, denn fürs Geld wird einiges geboten. Erst gegen 19 Uhr erreicht die „Schwan“ ihren Zielhafen Osterode. Dazwischen liegen elf kurzweilige Stunden in der herrlichen Natur der Masuren.

Doch für Gretel Gottkamp und Ingeborg Sinkewitz bedeutet das Ziel in Osterode noch nicht das Ende ihrer Tour. Von Osterode-Hafen fahren sie zusammen mit ihrer Gruppe mit dem Bus nach Sensburg (Mr'gowo). Dort quartieren sie sich an der Sensburger Seenplatte ein. Auf ihrem Tourenplan stehen unter anderem der Wallfahrtsort „Heilige Linde“ (G³wieta Lipka) und die „Wolfsschanze“ bei Rastenburg (K³etrzyn). 1944 wurde hier das Attentat auf Adolf Hitler verübt. Ein Besuch in der Marienburg und ein Stadtspaziergang in Danzig schließen die Rundreise der deutschen Touristen ab. Insgesamt neun Tage waren sie dann unterwegs für günstige 700 Euro pro Kopf. ○

Informationen zum Kanal und Fahrpläne auch in deutscher Sprache:

Reederei Egluga, www.zegluga.com.pl
E-mail: inf@zegluga.com.pl
Tel./Fax.-Nr.: + 48 55 232 43 07

Übernachtungsmöglichkeiten:

Elbing, Hotel M³yn, http://www.polenbillig.de/masuren_urlaub/hotel_mlyn_elbing/hotel_mlyn_elbing.html
Nahe Osterode (Osterode): Spa Masuria, Worliny 33, 14-105 Lukta, Tel. 0048 (0)89 649 9999, www.masuria.com.pl
| hotel@masuria.com.pl
Stare Jabłoński (Altfincken): Hotel Anders <http://www.masuren-online.de/wiztowki/hotels/Anders/angebot.htm>
Mr'gowo (Sensburg): Hotel Mercure, "Mrongovia" Orbis S.A., Mr'gowo, ul. Gizycka 6, Reservierung:, Tel. + 48 89 743 31 31, E-mail: mrongovia@orbis.pl

**Verlag Deutsch-Polnische Gesellschaft
der Bundesrepublik Deutschland e.V
C/o Manfred Feustel
Im Freihof 3, 46569 Hünxe**

Hellmut von Gerlach - Demokrat und Pazifist in Kaiserreich und Republik

Schirmherrschaft: Prof. Dr. Gesine Schwan, Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder

Mitveranstalter: Deutsch-Polnische Gesellschaft der BRD e.V., Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union, Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e. V., WeltTrends e. V., Deutsche Friedensgesellschaft (DFG/VK), Internationale Liga für Menschenrechte, Zweiwochenschrift "Ossietzky"

Freitag, 1. Juni

- 12.00** Eröffnung der Tagung, Grußworte
- 12.30** Priv.-Doz. Dr. Hans-Jürgen Bömelburg (Hamburg): „Von rechts nach links“
- 13.30** Dr. Susanna Böhme-Kuby (Venedig): Pazifismus im Kontext der "Weltbühne" Tucholskys, von Ossietzkys und von Gerlachs
- 14.30** Kaffeepause
- 15.00** Prof. Dr. Wolfgang Wippermann (Berlin): Hellmut von Gerlach als Kritiker des Hakatismus
- 16.00** Prof. Dr. Krzysztof Rzepa (Poznań): Hellmut von Gerlach und der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik 1918
- 17.00** Prof. Dr. Przemysław Hauser (Poznań): Alternativen der preussischen Polenpolitik aus polnischer Sicht
- 19.00** Empfang in der Botschaft der Republik Polen

Samstag, 2. Juni

- 9.00** Helmut Donat (Bremen): "Ein Ost-Locarno ist christliche Gewissenspflicht!" - Der Hass auf Polen im Spiegel der deutschen pazifistischen Presse 1918-1933
- 10.00** Prof. Dr. Karl Holl (Bremen): Hellmut von Gerlach - demokratischer Pazifist und unbeirrbarer Freund Frankreichs
- 11.00** Kaffeepause
- 11.30** Prof. Dr. Heinrich Pohl (Kiel): Hellmut von Gerlach und der Nationalliberalismus
- 12.30** Mittagspause
- 14.00** Prof. Dr. Mario Keßler (Potsdam): Antisemitismus und die Linke in der Weimarer Republik
- 15.00** Prof. Dr. Jörg Wollenberg (Bremen): "Friedensgefährdender Pazifismus" als Weg zu einem neuen Deutschland in einem neuen Europa. Hellmut von Gerlachs Arbeit für die Volksfront im französischen Exil
- 16.00** Kaffeepause
- 16.30** Eckart Spoo (Berlin) Die Aktualität Hellmut von Gerlachs
- 17.30** Prof. Dr. Christoph Koch (Berlin) Der Schatten des Reiches. Zur notwendigen Fortsetzung des mühsamen Geschäfts

Freitag, 1. Juni - Samstag, 2. Juni 2007

**Freie Universität Berlin, Friedrich-Meinicke-Institut, Koserstr. 20, Raum 320
Um Anmeldung wird gebeten bei: Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe, Fax: 02858/ 7945
Die Höhe eines möglichen Tagungsbeitrages kann dort erfragt werden.**